



# Demokrat

Deutscher sozialdemokratischer Arbeiterpartei in der tschechoslowakischen Republik.

**Bezugsbedingungen:**  
Bei Zustellung ins Haus oder bei Bezug durch die Post  
monatlich . . . Kz 16.—  
vierteljährlich . . . 48.—  
halbjährig . . . 96.—  
ganzzährig . . . 192.—  
Abbestellung von Manuskripten erfolgt nur bei Einlieferung der Retourmarken.  
Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.

Inserate werden laut Tarif billigt berechnet. Bei öfteren Einschaltungen Dreierachsch.

2. Jahrgang.

Mittwoch, 15. November 1922.

Nr. 268.

## Ein Sieg des Chauvinismus.

Alle Vernunft und Gerechtigkeit zum Trotz hat die tschechische Mehrheit gestern den Antrag Dr. Czech niedergestimmt. Sie hat damit den wahrlich nicht erst zu erbringenden Beweis geliefert, daß sie zahlenmäßig gegenüber den Vertretern der ihre Rechte heischenden nichttschechischen Nationalitäten die stärkere ist. Die Etablierung des nackten Faustrechtes ist in diesem Parlament gewiß nichts neues. Eine Zeitlang waren die Meinungen im tschechischen Lager über die Stellungnahme zu dem Antrage trotz der Fanfarestücke des Zentralorganes der tschechischen Sozialdemokraten — welches sich diesmal in der Rolle des Heerrufers des tschechischen Chauvinismus gefiel — durchaus nicht einheitlich, doch als im Zeichen der vom „Pravo Lidu“ ausgegebenen Parole die Einigung erfolgte, war es nicht mehr zweifelhaft, daß die Guillotine der Abstimmungsmaschine rasch und präzise arbeiten werde. Der tschechische Chauvinismus hat also einen Sieg errungen, an dem vor allem die tschechischen Sozialdemokraten den Löwenanteil haben. Wer könnte, nachdem der Präsident des Abgeordnetenhauses bei der Abstimmung verkündet hatte: „To je věstina!“ noch daran zweifeln, daß der Antrag der deutschen Sozialdemokraten „missglückt“ und „unzeitgemäß“ war; die Macht der Zahl hat dies haarsträubend und unwiderrleglich bewiesen! Wer etwa daran nörgelt und der Meinung sein sollte, daß es eine Schandung der Demokratie bedeutet, über den Willen von zwei Fünftel der Mitglieder des Hauses, hinter dem mindestens die Hälfte der Bürger des Staates steht, achtlos zur Tagesordnung überzugehen, der hat eben für das eigenartige Gewächs, das sich hierzulande Demokratie und Parlament benamset, kein Verständnis. Die berühmte „věstina“ hat also entschieden, daß der Ausgleichsausschuß nicht einzusetzen ist, ja, daß über den Ausgleich überhaupt nicht gesprochen werden darf, damit punktum! Nun glauben die Tschechischbürgerlichen und ihre freiwilligen Satrapen von dem Ausgleichsgerede Ruhe zu haben. Aber sie werden schon noch merken, daß ihr Sieg ein Pyrrhussieg war. Die Macht der Zahl vermag gewiß sehr viel, aber sie wird nie imstande sein, die Verhältnisse im Staate, ohne einen Vergleich mit den anderen Nationen zu schließen, zur Befundung zu bringen und die ewig schleichende Kriese der Regierung zu bannen. Der Macht der Zahl steht die Macht der Tatsachen gegenüber.

Die Einbringung unseres Antrages hat in der Koalition wie ein Gärmittel gewirkt, was eine von den Antragsstellern durchaus unbeabsichtigte Nebenwirkung war. Nach der immerhin freundlichen Aufnahme, die der Antrag in einigen tschechischen Blättern fand, ist die Stimmung in einem, wenn auch kleinen Teil der tschechischen Politiker eine der Ueberprüfung des Maßes der Rechte der nichttschechischen Nationen nicht abgeneigt. Daß die Meinung dieser gemäßigten Elemente nicht durchdrang, sondern daß der unverföhliche, von schrankenloser Herrschaft erfüllte Chauvinismus der tschechischen Bourgeoisie oblagte, liegt daran, daß der Antrag die Koalition zu sprengen drohte, was um des Himnells Willen verhütet werden mußte. Das und nichts anderes war auch der Leitgedanke der tschechischen Sozialdemokraten, welche die Koalition in Gefahr sahen und darum lieber die Grundzüge von Demokratie und internationaler sozialistischer Pflicht opfereten, als die Koalition. Die unter der Führung der Kramarisch und Maschin stehende tschechische Bourgeoisie will in ihrer Machttrunkenheit nicht einmal zugeben, daß es im Staate eine nationale Frage gibt, geschweige denn, daß sie zur Eindämmung sprachlicher und kultureller Rechte an die anderen Nationen bereit wäre. Da sich die Parteien der tschechischer Bourgeoisie unnachgiebig zeigen, so haben die im Nachgeben so vielgeübten tschechischen Sozialdemokraten nachgegeben, was ihnen umso leichter fiel, als ihre Ideologie leider sehr oft bedenkliche Aehn-

## Demission der deutschen Regierung.

Berlin, 14. November. (Wolff.) Nachdem die sozialdemokratische Fraktion heute abend mitgeteilt hatte, daß sie in eine Koalition mit der deutschen Volkspartei nicht eintreten wird, hat das Reichskabinett beschlossen, durch den Reichskanzler dem Reichspräsidenten seine Demission zu überreichen.

## Deutschlands Reparationsvorschläge.

Berlangen eines dreijährigen Moratoriums und von Auslandskrediten. — Konzessionen für Großindustrie und Agrarier.

Berlin, 14. November. (Wolff.) In der neuen Note der deutschen Regierung an die Reparationskommission heißt es: Die deutsche Regierung unterbreitet in Uebereinstimmung mit den beiden Gutachten der internationalen Sachverständigen in Ergänzung früherer Vorschläge einen zusammenfassenden Plan auf Hebung und Befestigung des Marktkurses und erklärt, eine endgültige Stabilisierung sei erst nach Regelung der Reparationsfrage möglich. Für die vorläufige Stützungsaktion, welche nur unter Mitwirkung des Auslandes erfolgen könne und für welche die Deutsche Reichsbank 500 Millionen Goldmark zur Verfügung stelle, sei es nötig, daß Deutschland für drei bis vier Jahre von allen Bar- und Sachleistungen aus dem Versailler Vertrag befreit werde mit Ausnahme der Sachlieferungen für den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete, und daß Deutschland von ausländischen Banken einen gesicherten Kredit von mindestens 500 Millionen Goldmark erhalte, für welche das Reich die Sicherheiten stelle. Diese Mittel würden von einer unabhängigen Stelle verwaltet werden, die aus Vertretern der ausländischen Geldgeber, der Reichsbank und der Reichsfinanzverwaltung bestände und den Kurs der Reichsmark zu regulieren suchen würde. Später könne die Reichsregierung eine innere Goldanleihe und auch ausländische Anleihen aufnehmen und würde die Hälfte der inneren Anleihe mit dem ganzen Betrage der äußeren Anleihe zu Bar- und Sachleistungen aus dem Versailler Vertrag ver-

wenden. Dadurch würde Deutschland das Gleichgewicht in seinem Haushalt herstellen, das Anwachsen der schwebenden Schuld aufhalten und die Diskontierung von Schapanweisungen bei der Reichsbank in absehbarer Zeit einstellen können. Die Ursachen der Inflation fielen damit fort. Deutschland werde ferner durch innere Reformen die Ausgaben einschränken, die Einnahmen erhöhen, die Produktion steigern und einen Ausgleich der Handelsbilanz herbeiführen. Unter Festhalten am Achtstundentag als normalem Arbeitstag werde sie eine Neuregelung des Arbeitszeitsrechtes einführen und die Zwangsbeziehung des Brotgetreides abbauen. Die ausländischen Staaten müßten bei Besserung der Mark, die durch den Niedergang der Mark veranlaßten Einfuhrbeschränkungen für deutsche Waren aufheben, Deutschland wirtschaftspolitische Gleichberechtigung einräumen und die Unabhängigkeit der deutschen Wirtschaftsverwaltung im besetzten Gebiet wiederherstellen. Zur Ausführung dieses Planes beantrage die deutsche Regierung bei der Reparationskommission, die Verpflichtungen Deutschlands so bald wie möglich in solcher Höhe festzusetzen, daß sie zusammen mit dem Dienst der Anleihe aus dem Haushaltsüberschuß bestritten werden können, für drei bis vier Jahre Deutschland ein Moratorium zu gewähren und unverzüglich eine Konferenz von internationalen Finanzleuten zur Beratung eines Deutschland zu gewährenden Bankkredits einzuberufen.

lichteit mit jener der tschechischbürgerlichen Nationalisten aufweist. Dafür spricht doch auch die Tatsache, daß sie an die Bekämpfung des Ausgleichsantrages mehr Eifer verwendeten, als alle anderen Parteien. Es war gestern schmerzhaft, sie in den Reihen jener zu erblicken, welche aus diesem Staate einen Mecker für die nichttschechischen Völker gemacht haben, die mit allen Mitteln die Vorherrschaft der tschechischen Bourgeoisie zu erhalten, sowie die Herstellung des gleichen Rechtes aller Nationen zu verhindern suchen. Traurig auch, zu sehen, wie ihre Presse, da es ihr an sachlichen Argumenten zur Begründung ihrer Haltung fehlt, nach rabulistischen Vorwänden sucht. Das gestrige „Pravo Lidu“ tischte neuerlich die demagogischen Mährchen auf, mit denen es schon einmal so unvürzlich paradierte, wobei es sich nicht scheut, die Unwahrheit, die tschechischen Sozialdemokraten seien vor Einbringung des Antrages nicht verständigt worden, nochmals vorzutragen.

Die Weigerung der tschechischen Regierungsparteien, der Lösung des nationalen Problems näherzutreten, schafft dieses Problem selber nicht aus der Welt. Es wird diesen Parteien nicht wohl zumute gewesen sein, als sie gestern vor aller Welt bekundeten mußten, daß sie nicht einmal in eine Besprechung über das nationale Recht im Staate eingehen wollten. Dem bis jetzt von ihnen ganz anders informierten Ausland wird dies nicht verborgen bleiben können. Und so wird die gestrige Abstimmung dazu beitragen, das Ligengewebe der Auslandspropaganda zu zerreißen. Im Staate selbst ist der Moment unausbleiblich, da auch die verbohrtesten Chauvinisten erkennen werden, daß sie der Notwendigkeit, mit den anderen Völkern Frieden zu schließen, nicht entrinnen können.

Die Einbringung des Antrages war trotz seines Schicksals, das ihm Verbohrtheit, Haß und Unvernunft bereitet haben, eine wichtige geschichtliche Tat. Die deutschen Sozialdemokraten haben damit ihre Bereitschaft erklärt, den nationalen Frieden bereiten zu helfen und sie werden dieses Streben nicht darum aufgeben, weil dieser erste Schritt nicht gleich zum Ziele führte. Die deutschnationalen Extremisten werden wohl versuchen, in der schroffen Ablehnung des Antrages eine Bestätigung der von ihnen propagierten Meinung zu erblicken, daß von diesem Parlament und diesem Staate eine Erfüllung des Rechtes der Deutschen nicht zu erwarten ist. Aber die deutschen Sozialdemokraten wissen, daß auf einen Streich kein Baum zu fällen ist. Das Recht wird sich dank dem Zwange der Verhältnisse und der Entwicklung dennoch durchsetzen. Stünde uns nichts anderes zur Seite, als das Mittel der Ueberredung, wir könnten den tauben Ohren des tschechischen Chauvinismus lange vergeblich predigen. Aber die Kenntnisse der Verhältnisse im Staate zwingt uns die Ueberzeugung auf, daß auch die Herrschenden über die Notwendigkeit, sich mit den Nationen im Staate auseinanderzusetzen, nicht hinwegkommen werden. Auch in der deutschen Bevölkerung wird trotz der Ablehnung des Antrages die Ueberzeugung fortleben und nur noch mehr erstarken, daß nur das Mittel des nationalen Ausgleichs ihr die Befreiung bringen kann. Für die deutsche Sozialdemokratie, die von der Geschichte berufen ist, in dem nationalistischen Tollhause dieses Staates Ordnung zu machen, besteht darum keinerlei Anlaß, durch die gestrigen Vorgänge entmutigt zu sein. Für sie gilt auch hier: jetzt erst recht und trotz alledem!

## Lächerliche Kohlenpreis-herabsetzung.

Maschins antisoziale Kohlenwirtschaft. Die vom Arbeitsministerium am 11. November 1922 veröffentlichten neuen Kohlenpreise sind eine große Enttäuschung, nicht nur für die Konsumenten der Kohle, sondern noch mehr für die Bergarbeiter. Um es gleich vorweg zu sagen, sie sind auch auf ungeschickliche Weise zustande gekommen. Es ist kein besonderes Zeugnis, das sich der neue Arbeitsminister mit solcher Amtstätigkeit ausstellt. Nach § 19 des Revierrätegesetzes hat der Reviererrat das Recht, bei der Kohlenpreisbestimmung mitzuwirken. Das soll nach der Durchführungsverordnung in der Weise geschehen, daß die Revierräte ihre Vertreter in den Kohlenrat entsenden. Nach § 5 der Kohlenwirtschaftsgesetzes, auf den sich der Erlaß stützt, bestimmt der Minister für öffentliche Arbeiter nebst anderen Ministern nach Anhörung des Kohlenrates die Verkaufs Höchstpreise der Kohle. Es muß ausdrücklich festgestellt werden, daß die neuen Kohlenpreise zustande gekommen sind, ohne daß man den Kohlenrat angehört hätte.

Die wichtigste Neuerung an den neuen Kohlenpreisen besteht darin, daß die Kohlenabgabe nicht mehr wie bisher von den amtlich festgesetzten Kohlenpreisen, sondern nur von den erzielten Preisen bezahlt werden muß. Und die neu festgesetzten Kohlenpreise nur Richtpreise nach oben darstellen. Wenn der Bergwerksbesitzer bisher Kohle billiger als zu dem amtlich festgesetzten Preis verkauft hat, so mußte er nichtsdestoweniger die Steuer vom amtlich festgesetzten Preis bezahlen.

Nun zu den Kohlenpreisen selbst. Wenn die neuen Richtpreise als wirkliche Verkaufspreise in Betracht kommen, und das wird vorderhand auf den meisten Schächten der Fall sein, so ist die vollzogene Kohlenpreiserhebung eine lächerlich geringe. An einigen Beispielen soll das aufgezeigt werden. Der bisherige Preis für Alexanderkohle betrug 17.40 Kronen, der neue Preis beträgt 16.40 Kronen. Bei Doblhoff-Kohle bisher 11.80 Kronen, neuer Richtpreis 11.50 Kronen. Quibo, Centrum, Humboldt und Columbuskohle, bisher 8.60, jetzt 8.33 Kronen. Rohinor bisher 16.65 Kronen, neu 16.60 Kronen. Florentinikohle bisher 7.35 Kronen, jetzt 7.14 Kronen. Johann I. und II. bisher 16.45 Kronen, jetzt 16.40. Falkenauer Sorten sind sogar teurer geworden, wie Boghead und Adolfsmark, bisher 11.80 Kronen, jetzt 12.15 Kronen, Agnes bisher 11.40 Kronen, jetzt 11.75 Kronen, Antonitagbau bisher 6.35 Kronen, nunmehr 6.38 Kronen. Kladoer Steinkohle bisher 25.50 Kronen, jetzt 24.50 Kronen. Nur die Strauer Steinkohle ist von 27.50 Kronen auf 20.— Kronen herabgesetzt worden.

Der Minister für öffentliche Arbeiten wird den gesetzgebenden Körperschaften und den Bergarbeitern sehr bald und gründliche Aufklärung geben müssen, wie es er wagen kann, der Bevölkerung und den Bergarbeitern nach einem rund 30prozentigen Lohnabbau solche lächerliche Kohlenpreiserhebungen vorzusetzen. Man wird vielleicht einwenden, daß das Kohlenexportgeschäft infolge des niedrigen Standes der österreichischen Krone und der deutschen Mark große Verluste bringt, das mag an sich richtig sein, ob es aber richtig ist, daß die inländischen Abnehmer von Kohle und hauptsächlich die Bergarbeiter die Verluste decken müssen, ist eine wesentlich andere Frage.

Was hat der Staat für die Verbilligung der Kohle getan? Für die Braunkohle nichts. Im Fallerauer Revier hat die durchschnittliche Kohlenabgabe bisher 19 Prozent betragen, im Nordwestböhmischen Braunkohlenrevier 26 Prozent, wie das geschah, werden wir noch sagen. Die neue Steuer beträgt für das Fallerauer Revier 20 Prozent, daher ein Prozent mehr, für das nordwestböhmische Revier 24 Prozent, daher zwei Prozent weniger. Wesentlich wurde die Kohlensteuer für Steinkohle und zwar bei den größeren Gruben auf 18 Prozent und bei den kleineren Schächten auf 15 Prozent herabgesetzt. Wie ist das nun möglich nachdem die Minister, insbesondere Maschin, erklärten, daß das Gesetz über die Kohlenabgabe weder aufgehoben noch geändert werden könne und der § 32 des Kohlenwirtschaftsgesetzes festsetzt, daß die Kohlenabgabe 30 Prozent des vom Arbeitsminister festgesetzten Kohlenpreises betrage? Wie denn anders als auf eine ungeschickliche Art. Die Regierung scheut sich, diese Veränderungen auf gesetzlichem Wege durchzuführen, aus Besorgnis wenn es einmal in den gesetzgebenden Körperschaften über die Kohlensteuer herginge, daß dann von der Kohlenabgabe nicht allzuviel übrig bliebe, denn auch die Regierungsparteien können dieser unsozialen und volkswirtschaftlich unbilligen Steuer nicht das Wort reden. Damit die Kohlensteuerherabsetzung doch möglich ist, wird der Koh-

Preis in einen steuerpflichtigen Grundpreis und in einen steuerfreien sozialen Zuschlag geteilt, ob und in welcher Höhe ein steuerfreier Zuschlag bisher gewährt wurde, war völlig den Launen eines Beamten des Finanzministeriums anheimgestellt. Dieser willkürlich festgelegte steuerfreie soziale Zuschlag ist nun in einem bestimmten Ausmaße festgelegt worden. Auf jeden Fall geschah dies aber unter Mißachtung der Bestimmungen des § 32 des Kohlenwirtschaftsgesetzes und so geschieht es auch noch weiter. Man könnte auch weiter einwenden, nachdem es sich nur um Höchstpreise oder Richtpreise handelt, werden die Unternehmer die Preise schon von selbst herabsetzen müssen, um konkurrenzfähig zu sein. Für das Ausland gilt dies natürlich nicht, aber auch nicht ohne wesentliche Einschränkungen beim Inlandsabsatz. Möglich, daß nunmehr verschiedene kleine Werke, die sich an und für sich schwer behaupten können, durch Unterbietung der Preise sich werden lebensfähig erhalten wollen, was naturgemäß, in der kapitalistischen Wirtschaftsordnung, auf Kosten der Lebenshaltung der Bergarbeiter bedeutet, aber die Werke mit Qualitätslohn, besonders Braunkohlen, sind in so festen Händen, daß deren Besitzer gegenüber dem Konsumenten, der die Qualitätslohn braucht, immer seinen Höchstpreis behaupten kann, denn die Herren Brüder Pöschel, Weinmann, Machalitzky und Ignaz Pöschel, so feindlich sie sonst einander sein mögen, werden sich in diesem Punkte immer finden.

Nachdem also die Kohlenkracht, die Kohlenabgabe, die Zwischenhändlergewinne, völlig unverändert bleiben, wird im besten Falle die Braunkohle in Prag, die bisher 29 Kronen kostet, 28 bis 28.50 Kronen kosten. Das ist also der ganze mit großem Lärm angekündigte Effekt der Kohlenpreiserhöhungen? Dadurch soll unser darniederliegendes Wirtschaftsleben gesunden? Und damit soll jemand den 30prozentigen Lohnabbau der Bergarbeiter begründen?

Schon vor Jahren haben die Vertreter der Bergarbeiter vorgeschlagen, das unmögliche Kohlenwirtschaftssystem zu ändern, Weg damit überhaupt und dafür den Freihandel, ja, die ganze kapitalistische Meute! Man gab den Unternehmern zwar formell den Freihandel nicht, bewilligte ihnen aber dorthin zu verkaufen, wo sie wollten und ließ zum Scheine eine staatliche Kohlenbewirtschaftung, die Kohlenabteilung und die Kohleninspektorate bestehen, die zwar keine Kohle mehr zu verteilen haben, weil jeder Kohle kaufen und verkaufen kann, wo er will, die aber, weil sie nun einmal da sind, eben da bleiben müssen. Nun gibt man den Unternehmern auch, wenn auch mit der Einschränkung amtlich festgesetzter Höchstpreise, das Recht der freien Preisbestimmung und hat damit glücklich erreicht, daß formell die staatliche Kohlenbewirtschaftung weiterbesteht, daß aber in der Praxis die Unternehmer und Kohlenkonzerne ihren Freihandel haben. Wenn die Bergarbeiterorganisationen schon vor Jahren die Einführung von Kohlenkartellen verlangten, waren die Regierung und Unternehmer immer einig, daß deren Einführung nicht möglich sei; im Zeichen des kommenden Freihandels haben die Wahrschirauer Grubenbesitzer schon ein einheitliche Verkaufsbureau in Brünn errichtet und auch die nordböhmischen Braunkohlengrubenbesitzer trugen sich mit der Idee, ein solches zu schaffen. Diese Verkaufsbureau sind natürlich die Syndikate, wie sie die Unternehmer wünschen und brauchen, zu dem Zwecke, um den Kohlenkonsumenten ihren Willen anzuzwingen. Die Bergarbeiterorganisationen verlangen Syndikate, die nach allgemeinen volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten die Kohle zu bewirtschaften hätten und in denen zwar auch die Bergwerksbesitzer, aber neben ihnen Vertreter der Bergarbeiter, der Kohlenkonsumenten und des Staates als gleichberechtigte Faktoren sitzen.

Das Kohlenwirtschaftsprogramm hat sein erstes Ergebnis gezeigt, es ist nicht nur für die Bergarbeiter, sondern für die gesamte Volkswirtschaft des Staates und schließlich in seiner Auswirkung auch für die Sozialfinanzen gleich verhängnisvoll. Die Bergarbeiter müssen dieses Programm als ein ausschließlich gegen sie gerichtetes bewerten und ihren Kampf danach einstellen.

## Inland.

**Neue Krise in der nationalsozialistischen Partei.** Das gestrige „Rude Pravo“ bringt die Nachricht, daß sich ein vorbereitender Ausschuss für die Einheitsfront in Groß-Prag gebildet hat, dem auch ein Sozialdemokrat und die tschechisch-nationalsozialistische Abgeordnete Vanda Stchaj angehört. Dazu stellt das Abendblatt des „Cesko Slovo“ fest, daß weder die politischen noch die gewerkschaftlichen Organisationen der tschechisch-nationalsozialistischen Partei die genannte Abgeordnete ermächtigt haben, irgendwelche Verhandlungen über die Schaffung der Einheitsfront zu führen oder in den vorbereitenden Ausschuss für die nationalsozialistische Partei einzutreten. Diese Feststellung des „Cesko Slovo“ bekräftigt also die Nachricht des „Rude Pravo“, daß die genannte Abgeordnete in den vorbereitenden Ausschuss zur Schaffung einer Einheitsfront in Groß-Prag eingetreten ist und daß die Führung der nationalsozialistischen Partei damit nicht übereinstimmt. Es ist nun Sache der nationalsozialistischen Partei die Angelegenheit auszutragen, wobei wohl der scharfe Gegensatz zwischen dem rechten und dem linken Flügel dieser Partei zum Ausdruck gelangen wird.

## Abgeordnetenhaus.

### Die Koalition gegen den nationalen Frieden.

Trotz der Wichtigkeit des ersten Verhandlungsgegenstandes, nämlich der Regierungsvorlage über den Arbeitslosenkredit, zeigte das Haus nicht sonderliches Interesse. In der Debatte, welche sich über die Vorlage entspann, fiel die Rede des Abgeordneten Genossen Kaufmann durch ihre strenge Sachlichkeit wohltuend auf.

Lebendig wurde es erst im Hause, als der Antrag der Genossen Dr. Cech, Cermak und Hillebrand, welcher die Herbeiführung des nationalen Friedens zum Ziele hat, mit einer Kaltblütigkeit wie sie nur bei der tschechischen Koalition möglich ist, niedergestimmt wurde. Bezeichnend für die Trivialisierung der gegenwärtigen Regierung ist es, daß Herr Ministerpräsident Svoboda die Abwägung eines ernstgemeinten Versuches, die nationalen Gegensätze auszugleichen, mit ironischem Lächeln begleitete. Ob den Herren das Lachen nicht noch vergehen wird?

### Gegen das Massenelend.

Präsident Tomasek eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 25 Minuten nachmittags. Das Abgeordnetenhaus setzt die Beratungen über den Regierungsantrag, durch den ein Nachtragkredit zur Unterstützung der Arbeitslosen gewährt wird, fort. Als erster Debattenredner spricht

#### Abgeordneter Genosse Kaufmann.

Im Mai und Juli dieses Jahres schon haben die Spitzenorganisationen aller sozialistischen Gewerkschaften in großen Kundgebungen ihre Stellungnahme zur Wirtschaftskrise, zur Arbeitslosigkeit und Teuerung präzisiert und haben eine ganze Reihe wichtiger Maßnahmen, so auch den Ausbau der sozialen Gesetzgebung verlangt.

#### Die Not der breiten Massen, die Not vieler hunderttausender Industriearbeiter,

die durch die Wirtschaftskrise teilweise oder vollständig erwerbslos geworden sind, war die Ursache dieser Kundgebungen der sozialistischen Gewerkschaften und da die Krise in diesem Staate ganz gewiß die Folge verkehrter wirtschaftspolitischer Maßnahmen des Staates, respektive der Regierung ist, haben wir die sofortige Einberufung des Parlamentes verlangt. Wir haben jetzt Mitte November, ein halbes Jahr ist seit den ersten Kundgebungen der Gewerkschaften verstrichen, ein halbes Jahr hat die Regierung dieses Staates im Hause zur Diskussion zu stellen. Auch die Diskussion ist aber ganz anders, wie wir sie uns vorgestellt haben. Sie umfaßt einen ganz kurzen Zeitraum, nur wenige, ganz gedrängte Sitzungen und wenige Minuten Redezeit für diejenigen, die zur Sache sprechen sollen. Das ist übrig geblieben von den großen Versprechungen der Regierung auf die Kundgebungen der Gewerkschaften im Mai und Juli. Die Majorität des Hauses hat es ganz einfach gemacht; sie hat sich geeinigt, dem Minister für soziale Fürsorge zur Milderung der Not und der ungeheuren Wirtschaftskrise einfach 100 Millionen hinzuzusetzen. Damit ist sie fertig und die Angelegenheit für sie erledigt. Nach unserer Meinung ist die Wirtschaftskrise und die Not der Massen auch mit diesen 100 Millionen nicht beseitigt. Die Vertreter der Arbeiterschaft sind gezwungen, neuerdings ihre warnende Stimme zu erheben und die Durchführung jener Maßnahmen zu verlangen, die sie schon im Jahre 1919 gefordert und im Jahre 1920 und 1921 urgirt haben. Die Regierung hat unsere Stimme nicht gehört und unsere Vorschläge nicht beachtet, sie hat ruhig ihre Prestigepolitik in der Währungsfrage fortgesetzt, vor allem aber die Politik der Unfreundlichkeit und des übermächtigen Siegers gegen alle Nachbarländer, mit denen wir gezwungen sind, in wirtschaftlichem Verkehr zu stehen. Sie hat trotz aller unserer Mahnungen, Anregungen und Anträge ihre

#### versehrte Zoll-, Handels-, Tarif- und Steuerpolitik

fortgesetzt. In der Zeit der immer schärfer und immer sichtbarer werdenden Wirtschaftsnot hat die Regierung bei jeder Gelegenheit, wenn es sich um sozialpolitische Maßnahmen handelte oder wenn die Arbeitslosenfrage auf eine breitere Grundlage gestellt werden sollte, erklärt, daß sie kein Geld übrig habe und daß im Vorausschlag keine Beträge hierfür vorgesehen seien. Diefelbe Regierung hat in Zeiten der wirtschaftlichen Not, — wir sehen das auch im diesjährigen in den nächsten Tagen zur Debatte stehenden Vorausschlag — Milliarden für den Militarismus übrig.

Der Herr Minister hat bei der Beurteilung des Grades der Arbeitslosigkeit in seinen Ausführungen dreieinhalb Millionen frankenversicherter Arbeiter angenommen, die vielen Zehntausende, die der Krankenversicherung nicht unterliegen, Heimarbeiter usw. hat der Minister außer Acht gelassen. Auch bei der Arbeitsvermittlung

ist die angemeldete Ziffer eine nicht richtige. Die Arbeitslosenvermittlungstellen, aus deren Meldungen der Herr Minister die Ziffer für die Statistik entnimmt, weisen Ende September 187.000 Arbeitslose aus. Auch das ist falsch, weil viele Tausende sich mit Rücksicht darauf, daß sie wußten, daß ihre Ansuchen um Arbeitslosenunterstützung abgewiesen wird, nicht melden und daher in diesen statistischen Ziffern nicht mit inbegriffen sind. Die Zahl der Arbeitslosen hat sich, offiziell vom statistischen Amt ausgenommen, um 30.000 vermehrt und wir haben 167.000 Arbeitslose. Von diesen werden 62.000 in den Establishments in Form von Refundierungslöhnen unterstützt und 67.000 direkt von der Arbeitslosenunterstützung. Kurzarbeiter sind 270.000 ausgewiesen. Auch diese Ziffern sind Schönfärberei. Die Situation ist nicht so günstig.

#### Die wirkliche Arbeitslosigkeit, die wirkliche Not, das wirkliche Bild der Katastrophe schaut anders aus.

Ich will nur einige Beispiele heranziehen. In der Metallindustrie dieses Staates werden circa 250.000 Arbeiter beschäftigt, davon im deutschen Grenzgebiet, in Nordmähren, Schlesien und Böhmen 50.000. Seit einem Jahr sind aus diesem Industriezweig circa 10.000 Arbeiter abgewandert. Der internationale Metallarbeiterverband hat festgestellt, daß er im Monat August 55.6 Prozent der gesamten Mitgliedschaft, im Monate September schon 71.8 der gesamten Mitgliedschaft als Kurzarbeiter zu verzeichnen hatte. 20 Prozent des Verbandes sind arbeitslos. Wenn wir dieses Verhältnis, günstig berechnet, auf die gesamte Metallindustrie des Staates übertragen, so können wir erklären, daß

#### circa 150.000 Kurzarbeiter und 50.000 Arbeitslose allein in der Metallindustrie

zu verzeichnen sind. Einer der wichtigsten Teile der Metallindustrie, die Emailindustrie, hat von 20 größeren Betrieben nur drei und diese teilweise in Betrieb stehen, die übrigen 17 mit fast 10.000 Arbeitern sind zum Stillstand verurteilt. Große Betriebe, wie die Koburgwerke in der Slowakei, sind dauernd, das heißt für immer, still gelegt und werden nie mehr die Produktion aufnehmen. In der chemischen Industrie in Aussig, im Aussiger chemischen Verein, hat die Direktion seit einem Jahr die Arbeitszeit um 50 Prozent reduziert. Trotzdem mußte sie über 600 Arbeiter entlassen. Die Firma Schicht in Aussig hat 400 Arbeiter entlassen, arbeitet aber trotzdem nur vier Tage in der Woche. In vielen anderen kleineren Betrieben ist das Bild noch trauriger. Die chemische Fabrik in Faltenu, die einen Stand von 1400 Arbeitern hatte, hat ihn auf 600 reduziert. In der chemischen Industrie sind dreieinhalb Tausend Arbeitslose. In der Papierindustrie haben wir 55 Betriebe im deutschen Sprachgebiet. Von diesen arbeiten 17 mit 22.000 Arbeitern 5-6 Tage, zum Teil 26 mit 4500 Arbeitern. Diese Betriebe haben aber 2-3 Tage in der Woche Kurzarbeit und 12 Betriebe mit über 6000 Arbeitern sind vollständig eingestellt. Im letzten Jahre sind fast 2000 Arbeiter aus dieser Industrie dauernd entlassen. In der Slowakei ist die Papierindustrie vollständig eingestellt. Die keramische Industrie, mit 12 Betrieben mit circa 1500 Arbeitern, ruht gleichfalls vollständig. Ein Teil der anderen Betriebe hat verkürzte Arbeitszeit. 3000 Arbeitslose sind in dieser Industrie zu verzeichnen. In der Glasindustrie schaut es nicht besser aus. Die Exportbetriebe sind vollständig geschlossen. Auch in dieser Industrie haben wir im deutschen Sprachgebiet weit über 20.000 Arbeitslose. In der Textilindustrie haben wir 25.000 Arbeitslose und 50.000 Kurzarbeiter.

Das ist nur eine kleine Auslese, das sind nur Bruchteile. Wir können also wohl konstatieren, daß die Arbeitslosenziffern, die das Ministerium bringt, nicht richtig sein können. Eine der größten Banken hat im Oktober konstatiert, daß wir 380.000 Arbeitslose haben.

#### Wir können wohl annehmen daß wir jetzt im November eine Arbeitslosenziffer, beziehungsweise eine Ziffer der von der Wirtschaftskrise betroffenen Arbeiter von mindestens mehr als 600.000, wenn nicht bereits eine Million zu verzeichnen haben.

Wenn wir sehen, wie die Regierungen anderer Staaten in dieser schweren Wirtschaftskatastrophe die Fragen behandeln, so müssen wir sagen, daß unsere Regierung rückständig ist. In Holland, in der Schweiz, in Belgien, in den nordischen und in den skandinavischen Ländern haben die Regierungen überall Millionen von Kronen oder Gulden an die Gewerkschaften refundiert und haben diese so in die Lage versetzt, höhere Unterstützungen zu zahlen. Sie haben Beiträge geleistet, die nicht erst in einem so schwierigen Verfahren zu erreichen sind, wie in der Tschechoslowakei. Wir wollen aber keine Geschenke. Wir haben immer erklärt,

#### wir wollen nicht Unterzungen, wir wollen Arbeit

oder wollen wenigstens in der jetzigen Situation, wo die Arbeitsmöglichkeiten nicht zu verschaffen sind, produktive Arbeitslosenunterstützung.

Rebner setzt sich sodann für die rascheste Durchführung der Notstandsarbeit

ten ein und geht dann auf die Frage der Krankenversicherung der Arbeitslosen und der Kurzarbeiter über, die ebenfalls in ein Stadium geraten ist, das die Arbeiterschaft fürchtbar schädigt. Immer melden sich Arbeiter ab, melden sich in die niedere Arbeiterversicherung und wir haben heute Arbeiter, die in der niedrigsten Versicherungsstufe bei der Krankenversicherung angemeldet werden. Wir haben durch den deutschen sozialdemokratischen Klub, und zwar durch Roscher, Hausmann und Genossen, einen Antrag an die Regierung unterbreitet, der alle die Mängel und Härten, die bei der bisherigen Handhabung des Gesetzes zum Ausdruck gekommen sind, beseitigt und der vor allem anderen verlangt, daß die Arbeiter, die über ein halbes Jahr arbeitslos sind, die verlängerte Unterstützung bekommen, daß die Krankenversicherung der Kurzarbeiter entsprechend geregelt werde. Wir verlangen in diesem Antrage eine ganze Reihe von Maßnahmen, die das Los der Arbeitslosen entsprechend günstiger gestalten solle. Ich ersuche das Haus, für diesen Antrag zu stimmen, er wird die Wirtschaftskrise und die Not der Arbeitslosen nicht beseitigen, er wird sie aber mildern. Stimmen Sie nun dafür, so bekunden Sie, daß es Ihnen mit der Milderung der Not der Arbeitslosen nicht ernst ist, daß Sie nur leere Worte machen, denen keine Taten folgen werden. (Lebhafte Beifall.)

Abg. Borovský (ung. Komm.) beschwert sich über die Zurücksetzung der Slowakei.

Abg. Langr (tsch. Soz.) weist auf die Teuerung hin und betont die wachsende Unzufriedenheit der Arbeiterschaft.

Abg. Pocihl (tsch. Soz.-Dem.) beschwert sich darüber, daß in der Slowakei die achtstündige Arbeitszeit nicht eingehalten wird.

Abg. Bezděl (tsch. Merik.) erklärt, daß die Kapitalisten die Wirtschaftskrise zum Angriff auf die Arbeiterlöhne benutzen.

Abg. Beberla (tsch. Nat.-Dem.) fordert größeren Schutz für die Gewerbetreibenden.

Abg. Klein (tsch. Linke) fordert die Errichtung wirtschaftlicher Kammern, die sich speziell mit wirtschaftlichen und sozialen Fragen befassen sollen.

Abg. Juriga (slow. Volksp.) sagt u. a.: „Den Slowaken bleibt nichts anderes übrig, als zur Autonomieforderung zu stehen.“

Damit war die Debatte beendet. Die Berichterstatter Abg. Zaherle und Abg. Chalupa empfahlen die Annahme der Regierungsvorlage, die auch einstimmig erfolgte.

#### Eine Schandabstimmung.

Nach Erledigung einiger formaler Angelegenheiten, unter denen sich der Antrag auf Auslieferung des Abg. Gen. Hausmann wegen einer Ehrenbeleidigungsbefehle befand, und angenommen wurde, schritt das Haus zur Abstimmung über den Antrag Dr. Cech, Cermak, Hillebrand und Gen. betreffend die Einsetzung eines Mitgliedigen Nationalitätsausschusses. Präsident Tomasek lehnt die Durchführung der namentlichen Abstimmung ab. Es ergab sich ein Verhältnis von 133 gegen 22 Stimmen. Damit war der Antrag gefallen.

Der deutschen Sozialdemokraten bemächtigte sich ungeheure Aufregung. Gen. Hillebrand, der zweimal zur Ordnung gerufen wurde, rief: „Schaut Euch Finnland an, wie man dort die Minoritäten behandelt! Eine Schandabstimmung! Schämt Euch vor Europa!“ Gen. Cermak: „Das ist Demokratie!“ Gen. Polischer schlägt mit den Äffen auf die Abgeordnetenbank und ruft erregt darüber, daß der Ministerpräsident lacht: „Es wird Euch das Lachen schon vergehen!“ Auch die andern Genossen, unter denen Abg. Seeger mit den tschechischen Sozialdemokraten in einem Wortstreit mit, verließen ihrer Entrüstung lauten Ausdruck.

Unter andauerndem Lärm wird der Interpellation des Abg. Zierhut betreffend Bodenreformangelegenheiten und Wälderverstaatlichung sowie der Interpellation des Abg. Gen. Joll, Gadenberg, Seeger und Genossen, betreffend die Brunthaler Angelegenheit die Zuerkennung der Dringlichkeit von der Koalition verweigert.

Darauf — um 1/6 Uhr — wurde die Sitzung geschlossen. Die nächste Sitzung findet morgen, Donnerstag, um 10 Uhr vormittags, statt.

## Aus dem Präsidium.

### Das Programm der Budgetdebatte.

In der gestrigen Präsidialsitzung beschloß man, die Budgetdebatte in eine General- und Spezialdebatte zu teilen. Die Generaldebatte wird am 16. und 17. d. M. abgeführt, die Spezialdebatte soll in vier Gruppen geteilt werden, und zwar 1. in eine politische, 2. in eine finanzielle, 3. in eine kulturelle und 4. in eine Wirtschafts- und sozialpolitische Gruppe. Die Abstimmung wird wahrscheinlich am 20. d. M. erfolgen. Jeder Klub erhält pro Klubmitglied 15 Minuten Redezeit. Demnach sind den tschechischen Sozialdemokraten 7 Stunden 15 Minuten eingeräumt. Die Gesamtrededzeit der Budgetdebatte beträgt 80 Stunden.

Die Donnerstag-Sitzung, welche um 10 Uhr vormittags beginnt, weist als Verhandlungsgegenstände auf: 1. Zweite Lesung des Arbeitslosenkredits, 2. Zimmereingangsangelegenheit Rajman und 3. Beginn der Budgetdebatte.

# Gefahrvolle Lage im Osten.

Die Völker im Nahen Osten haben sich wieder gefährdend zusammengedrängt, seitdem die Nationalversammlung von Angora den türkischen Sultan abgesetzt und in drei verschiedenen Rufen Ansprüche erhoben hat, die Konstantinopel zur freien Hauptstadt einer freien Republik zu machen bezwecken. Angoras Forderungen zielen nämlich auf die Räumung Konstantinopels von alliierter Truppen, auf Uebergabe der gesamten Verwaltung an die Kemalisten und auf die Beherrschung der Meerengen. Refet Pascha, der Bevollmächtigte Kemal in Konstantinopel, verlangte, dem letztgenannten Ziel entsprechend, daß fremde Kriegsschiffe nur mit besonderer Erlaubnis die Meerengen passieren dürfen und die souveräne türkische Flotte gründen müssen. Eine Erfüllung dieser Forderungen würde eine Zurückdrängung Englands in den Meerengen bedeuten, wie es seit dem Ausbruch des Weltkrieges nicht hat ertragen müssen. Aehnlich steht es mit den weiteren Forderungen Angoras nach Einsetzung türkischer Zivilbehörden in der neutralen Zone von Tschana und Galipoli und nach Aufhebung der Kapitulationen. Fortab sollen, fordert Kemal, die Angehörigen der Kapitulationsmächte nicht mehr steuerfrei und den türkischen Gerichten verantwortlich sein.

So begrifflich es ist, daß ein freier Staat Rechte wie die oben skizzierten beansprucht, so gewiß widersprechen die neuen Wünsche Angoras dem Abkommen von Mudania und darum fanden die Alliierten formal auf dem Rechtsboden, wenn sie in einem Ultimatum von Angora die Rückkehr zum Mudaniavertrag verlangten. Das Ultimatum wurde aber abgelehnt und so sieht sich Bonar Law gezwungen, gegen die Türken ähnlich kategorisch vorzugehen, wie es Lloyd George tat, um über diese seine Energie zu stellen zu kommen. Und ähnlich wie Lloyd George sieht sich nun auch Bonar Law dem Widerstand Frankreichs gegenüber.

Die Ausforderung der Verhältnisse zwischen Frankreich und England ist mit ein Grund zum Sturz Lloyd Georges gewesen. Bonar Law, der neue Ministerpräsident, hat ausdrücklich erklärt, der Zustand der Spannung zwischen England und Frankreich dürfe nicht fortbestehen. Aber auch Bonar Law kann in dieser Hinsicht nicht einfach dekretieren, er ist ebenso wie Lloyd George von dem guten Willen Frankreichs abhängig. Die große Frage ist also, ob Frankreich bereit ist, mit England an einem Strang zu ziehen. Bisher sieht es nicht so aus. Der englische Vorschlag, die Konferenz von Lausanne zu verschieben, ist in Paris sehr kühl aufgenommen worden, weitere dringlichere Vorstellungen erlitten daselbst ein Schicksal. Das Ziel Englands ist es, vor der Lausanner Konferenz eine Vorkonferenz der Alliierten herbeizuführen, um sich nicht von neuem der Gefahr auszusetzen, auf der Hauptkonferenz von den Alliierten im Stich gelassen zu werden.

Wenn Frankreich sich jetzt gegen die von England gewünschte Vorkonferenz wehrt, so arbeitet es, wie so oft, den englischen Interessen im Orient entgegen und der Gegensatz zwischen Frankreich und England tritt von neuem zutage, mag der englische Ministerpräsident nun Bonar Law oder Lloyd George heißen. Für sich betrachtet, ist dieses Verhalten verständlich. Denn die Angoraregierung wendet sich nicht nur gegen England, sondern gegen die europäischen Großmächte im allgemeinen. Sie treibt eine Politik, die ganz unüberhüllt darauf ausgeht, den Einfluß der Großmächte in Kleinasien zu brechen.

Wenn Frankreich diese Politik, die seinen eigenen Interessen im Orient entgegenwirkt, trotzdem unterstützt, so muß es dafür seine triftigen Gründe haben. Es liegt auf der Hand zu vermuten, daß Frankreich die Orientfrage als

Druckmittel benützt, um auf dem Kontinent seine Forderungen England gegenüber um so leichter durchsetzen zu können. In der Tat werden in dieser Hinsicht von dem Londoner Vertreter der „Türkischen Zeitung“ interessante Aufklärungen gegeben. Es heißt da, Frankreich verlange von England folgende Konzessionen:

1. Ein englisch-französisches Militärabündnis.
  2. Annulierung der französischen Schulden an England.
  3. freie Hand in der Reparationsfrage und die Ausbeutung der deutschen Hilfsquellen.
- Ist der Berichterstatter recht informiert, so nimmt Poincaré damit das Programm wieder auf, das er zuletzt in konkreter Form auf seiner Zusammenkunft mit Lloyd George in London vorgebracht hat. Er geht sogar noch einen Schritt weiter, indem er diesmal nicht nur die Annulierung der französischen Schulden und ein Entgegenkommen den englischen Wünschen in der Reparationsfrage gegenüber voneinander abhängig macht, sondern die Schuldenstreichung verlangt, ohne von dem auf der Londoner Zusammenkunft nur als Druckmittel gedachten Fiskusänderungsprogramm auch nur im geringsten etwas nachzulassen. Man sieht, Poincaré versteht es, seine Freundschaft mit England zu Höchstpreisen anzubieten, er versteht es, aus der Situation, die durch die englische Ministerkrise geschaffen worden ist, das herauszuholen, was immer herauszuholen sein könnte.

**Konstantinopel, 13. November.** (Sabas.) Die alliierten Oberkommissäre sandten an ihre Regierungen gleichlautende Depeschen, in welchen sie erklären, daß die Verschiebung der Friedenskonferenz die Aufrechterhaltung des gegenwärtigen Waffenstillstandes am ehesten zu gewährleisten würde, und darauf dringen, daß die Eröffnung der Konferenz unverzüglich und möglichst für einen der nächsten Tage festgesetzt werde.

**London, 13. November.** (Reuter.) Nachrichten aus Konstantinopel sind noch immer spärlich, doch wird die Lage als höchst bedenklich bezeichnet. Der Belagerungsstand ist noch nicht verhängt worden. Dies sei aber keineswegs als Meinungsverschiedenheiten zwischen den Alliierten zurückzuführen, denn sowohl der französische als auch der italienische Oberkommissär sind von ihren Regierungen ermächtigt worden, sich dem britischen Oberkommissär bei der Proklamierung des Belagerungsstandes anzuschließen oder irgend eine andere notwendig erachtete gemeinsame Aktion zu unternehmen.

## Der Streit um die Vorbereitungen der Entente-Männer.

**Rom, 13. November.** (Sabas.) Marchese della Torretta ist über Paris nach London abgereist. Er wird an der Zusammenkunft Poincarés mit Curzon teilnehmen.

**London, 13. November.** (Reuter.) Vorläufig ist keine endgültige Abmachung für irgend eine persönliche Vorbereitungen zwischen den Alliierten getroffen worden, aber die britische Auffassung geht noch immer dahin, daß ein möglichst vollkommener Meinungs- und Austausch stattfinden sollte, wenn ein weiteres Hinschieben des Eröffnungsdatums der Lausanner Konferenz vermieden werden sollte.

**Paris, 14. November.** (Sabas.) Die Spannung in den englischen diplomatischen Kreisen hat gestern abends offensichtlich nachgelassen. Curzon wird sich wahrscheinlich mit dem Vorschlag Frankreichs einverstanden erklären und Samstag nach Paris reisen, um mit Poincaré Beratungen zu pflegen.

# Gerhart Hauptmann zum sechzigsten Geburtstag.

Von Felix Stössinger (Berlin).

Wenn Gerhart Hauptmann am 15. November die Glückwünsche der ganzen deutschen Republik zu seinem sechzigsten Geburtstag empfängt, dann stehen gewiß nur Leute der guten Gesellschaft in seinem Festzimmer, aber das Schönste an diesem Nationaltage ist doch, daß auch die Herzen der Armen ihm dafür danken, wie er in mehr als dreißig Dramen ihrer gedacht hat. Die Schwachen, die Chnäckigen, die Unglücklichen, die Verfolgten, die Unterdrückten, die Besessenen, die Dämonen, die Süßigen, die Hungernden, die Kinderlosen, die Ungeheuren, die Einsamen, die Gottsucher, die Weistruenen, die Waiskinder, die Schelme, die Nichtstuer, die Narren, die Don Quixotes, die Rebellen, die Gelben, die Märtyrer, sie alle haben in seinem Werk eine Stätte gefunden. Sie alle, die ähnlich leiden, sie alle, die schluchzend im Theater das Weh einer Seele mitgemacht haben: sie danken heute dem Dichter, der uns Großes und Schönes gegeben hat, und auf seinem eigenen Gebiet, dem Seelendrama, den Vergleich mit keinem Dichter der Weltliteratur zu scheuen hat. Selten war das deutsche Volk einig. Selten hat das ganze Volk einen Dichter geliebt, einen Dichter verstanden, selten in der Liebe zu einem Kunstwerk gezeigt, daß wir schließlich doch eines Stammes, einer Zeit, einer Kultur sind. Gerhart Hauptmann genießt dieses größte Glück, den Einbruch seiner Kunst auf Millionen Menschen erleben zu können. Gerhart Hauptmann genießt dieses für einen deutschen Künst-

ler fast einigartige Glück. Niemand hat sein einziges Drama auf der Bühne gesehen. Goethe hätte auf, Werke von der Art des „Tasso“ zu dichten, weil der Erfolg ausblieb, obwohl er noch zehn hätte dichten wollen und können. Hauptmann ist glücklicher: nachdem er viele Jahre nur als Dichter „literarischer“ Kreise galt, ist er in den letzten zehn Jahren zum wahren Volksdichter geworden. Nicht durch Beziehungen, durch Klatsch, noch weniger durch Konzessionen an schlechte oder geschnaddele Intelligenz.

Gerhart Hauptmann wurde zum deutschen Volksheld durch seine großen Dramen, die bei ihrer Wiederaufnahme in den letzten zehn Jahren ein padendes und gewaltiges Leben erfuhren, durch die Zeit nicht ströbe, sondern elementar geworden waren und sich als dramatische Werke von unheimlichster Wirklichkeit und Wahrheit erwiesen. Während die deutsche Oeffentlichkeit auf ein neues Drama wartete, besah sie es, ohne es zu wissen, seit Jahrzehnten. Dieselben Werke, die einst nur als Produkte eines sogenannten Naturalismus Geltung hatten, erwiesen sich bei der Neuaufnahme ins Repertoire der Theater als dramatische Dichtungen von größter Wirklichkeit, an denen nichts mehr die Herkunft von einer literarischen Richtung verriet.

Durch solche Erfahrungen und Erlebnisse wurde Hauptmann binnen zehn Jahren populär. Gehörte er vorher nur den Gebildeten, so gehörte er jetzt dem Volke. Sprach er zwanzig Jahre nur zu jenen literarischen Gemeinden, die in Berlin bei Premieren unter Tromm die Mode des Jahres bestimmten, so ist er durch die Auführungen in der Volkshäuser, im Großen Schauspielhaus, durch die Festspiele in vielen Städten zum erklärten Volksheld geworden, durch seine andere Macht als die des Wortes und der magischen Darstellung der menschlichen Seele.

# Ablehnung von Poincaré.

Je mehr, vom Sturz der Mark mitgerissen, der französische Frankfunkt, in desto breiteren Schichten wird man sich der Verschleißtheit von Poincarés intransigentem Reparationspolitik bemüht und desto energischer wird die Kritik, die nicht erst jetzt eingeleitet hat. In der Kammer und im Senat haben schon wiederholt Debatten stattgefunden, in denen Poincarés Methoden auf ihre Richtigkeit angezweifelt wurden. Aber das alles war in vorläufige Formen gefleht. Die Einwendungen waren nicht grundsätzlicher Natur. Es war Loucheur vorbehalten, den Standpunkt der Erörterung so zu verschieben, daß neue Ausblicke sich eröffnen. Es zeigte die Wurzeln des Übels, den wirtschaftlichen Verfall Europas, der es Deutschland unmöglich macht, Reparationen zu leisten und den Alliierten, ihre gegenseitigen Schulden zu bezahlen. Die beste Illustration für die Wendung ist jedenfalls die Tatsache, daß Loucheur, einer der Väter der wirtschaftlichen Bestimmungen von Versailles, heute schon fast so redet wie einst die Deutschen: Wir können nur bezahlen, wenn wir exportieren. Und er schlug den Theorien Poincarés direkt ins Gesicht:

So oft man hier (in der Kammer) sagte: Zuerst Wiederaufbau Frankreichs, wegen Europas werden wir später sehen, war man des Beifalls sicher. Nun wohl, nein, man darf das nicht sagen. Das ist ein Irrtum. Wir stehen alle miteinander in enger Solidarität.

Im Sitzungsbericht wird zu dieser Stelle allerdings nur Beifall auf der äußersten Linken verzeichnet. Dafür aber hat Loucheur das ganze Haus in anderen Partien seiner Rede gewonnen, in seinen positiven Vorschlägen, die allerdings auch nur allgemein angedeutet wurden. Loucheur, der größte französische Geschäftsmann, sieht wohl ein, daß die Voraussetzungen für eine Erholung Deutschlands liegen. Er sieht auch die Auspostigkeit der militärischen Zwangsmassnahmen ein. Aber er buhlt um die Gunst der Chauvinisten Barres und er nimmt dessen Rheinlandpläne an. Wenn er zu wählen hätte, sagte er, zwischen Reparationen und Sicherheit, so würde er die Sicherheit wählen, das heißt, er würde eher auf die Reparationen verzichten, als auf die Sicherheit Frankreichs vor der deutschen Revanche. Loucheur will also die preussischen Beamten im Rheinland durch Rheinländer ersetzen, er will eine internationalisierte Kontrolle, die im Rheinland die Bildung irgend welcher militärischer Organisationen verbietet. Das alles soll eintreten nach Ablauf der gegenwärtigen Besatzungsfristen. Denn Loucheur sieht darin einen Ersatz für den in Versailles versprochenen, aber nachher nicht abgeschlossenen Garantiepakt, nach dem Amerika und England Frankreich gegen einen deutschen Angriff zu Hilfe kommen sollten. Erst aber ist er einen guten Schritt von dem Programm Poincarés abgegangen, der diesmal wiederum die These von der Verlängerung der Besatzungsfristen aufstellte. Loucheur sieht, daß die militärische Besetzung der Rheinlande auch von Frankreich aus gesehen unzuverlässig ist, aber er hat trotzdem seine Politik der europäischen Solidarität wieder mit den Hintergedanken der unalten französischen Rheinpolitik belastet.

**Paris, 13. November.** Die Reparationskommission besaß sich nachmittags in einer halbamtlichen Sitzung mit den deutschen Vorschlägen. Bezüglich der Finanzkontrolle Deutschlands könne gefast werden, daß sich Deutschland gemäß der von dem Garantieauschuß im Juli dieses Jahres getroffenen Entscheidung damit einverstanden erklären würde. Betreffs der von Deutschland im Jahre 1923 zu leistenden Zahlungen wird die Reparationskommission wahrscheinlich vorschlagen, daß diese

Frage von den Alliierten gelöst und demgemäß der Brüsseler Finanzkonferenz abgetreten werde. — Loucheur bemerkte in der Kammer: Die Spekulation, die an der Mark verloren hat, verkauft jetzt Franks. Der Finanzminister kam alsdann wieder auf die Frage der Wechselkurse zurück und erklärte, wenn Deutschland nicht zahlen könne, wäre das nicht der Bankrott Frankreichs, das vielleicht seinen Bürgern große Kosten auferlegen müßte, aber trotzdem seine Verpflichtungen erfüllen würde. Möglicherweise werde das Deutschland von 1925 durch seinen beabsichtigten Bankrott außerstande gesetzt werden, zu zahlen. Das aber sei sicher, daß das Deutschland von 1925 oder 1930 zahlen können.

## Unnachgiebigkeit Frankreichs?

**Paris, 14. November** (Sabas.) Die „Revue Parisien“ erfährt, wird Frankreich auf der Brüsseler Finanzkonferenz darauf beharren, daß die deutsche Schuld, entsprechend der gegenwärtigen Zahlungsfähigkeit Deutschlands, ziffernmäßig festgestellt werde, und finanzielle und territoriale Maßnahmen vorschlagen, welche in stande wären, Deutschland zur Einhaltung seiner Verpflichtungen zu veranlassen.

## Der Handelsvertrag mit Rußland im Gewerbeausschuß.

In der gestrigen Sitzung des Gewerbeausschusses kritisierte in scharfen Worten

Abg. Genossin Kirpal

das Vorgehen der Regierung. Der Vertrag mit Rußland wurde bereits am 6. Juni 1922 abgeschlossen und erst nach einer 5 Monate langen Frist dem Ausschusse zur Beratung vorgelegt. Wir haben das größte Interesse, daß gerade jetzt in der Zeit der furchtbaren Wirtschaftskrise, der Arbeitslosigkeit, der Vertrag dem Hause zur Genehmigung vorgelegt werde. Rednerin verweist in ihren weiteren Ausführungen auf die bereits bestehenden wirtschaftlichen Beziehungen Rußlands mit Frankreich, England und Deutschland und anderen Ländern und verlangt vom anwesenden Minister Girsa die Erklärung, wie sich die Regierung die praktische Durchführung des Handelsvertrages vorstellt.

Abg. Genosse Fischer

führt aus, daß der Inhalt des Vertrages sehr armelig sei; das liegt daran, daß die politischen Verhältnisse zwischen der Tschechoslowakei und Rußland noch nicht geregelt sind. Im Interesse der Handelswirtschaft möge man bei der Ausarbeitung der weiteren Handelsverträge auf Krisen und Wünsche der Abgeordneten Rücksicht nehmen. Im weiteren kritisiert er einige Artikel des Vertrages, insbesondere Artikel 5 betreffend die Auslandspropaganda.

Minister Girsa und der Vorsitzende Abg. Stabiel erwidern auf die Ausführungen unferer Genossen. Die Verhandlungen mit Rußland hätten bereits vor einhalb Jahren begonnen. Das Ministerium sei sich dessen bewußt, daß dieser Vertrag den anderen Handelsverträgen nachsteht, aber es hofft, daß bald Ergänzungsverträge folgen werden. Das politische Verhältnis zu Rußland, führt Abg. Stabiel aus, ist geklärt, das ergibt sich schon aus der Tatsache, daß man trotz Aufforderung gewisser Schichten, in Rußland militärisch eingzugreifen, dies nicht tat und sich für die Friedenspolitik entschied. Dem Wunsche unferer Genossen, angefangen der herrschenden Krise die parlamentarische und praktische Durchführung des Vertrages zu beschleunigen, soll Rechnung getragen werden.

Sodann wurden die Verträge nach einer Debatte, an der sich sonderbarer Weise die Kommunisten nicht beteiligten, genehmigt.

Betrachten wir auch heute Hauptmann nicht als Geburtskind, sondern als Dichter, den man durch den Ernst und die Sachlichkeit der Liebe ehrt, so müssen wir ihn in erster Linie als Darsteller des Menschen bewundern.

Hauptmann hat in seinen Dramen viele Hunderte Menschen dargestellt, am härtesten und eigensten den Menschen seiner Gegenwart. Nirgends ist er aber mächtiger als in der Darstellung des Menschen, der sich in einer Not befindet, sei es die Not der kapitalistischen Ausbeutung, wie in den „Webern“, die Not eines schwachen Menschen, der von seiner Umgebung niedergehalten wird, wie in den „Einsamen Menschen“, die Not des Hannele Mattern, die Not der revolutionären Bauern und die Not des ganzen deutschen Volkes, verkörpert in Florian Geier, die Not des Fuhrmann Benschel, die Not der Rose Berndt im heimlichen Wochenbett, die Not Gabriel Schillings im Kampfe zwischen zwei Frauen, die Not Kaiser Karls in seiner Liebe zu einem jungen Geschöpf, die Not der Grifelda, der Vielgeprüften, die Not der Frau John in den „Ratten“, in ihrem Wahnsinn der Unfruchtbarkeit, die Not des Narren in Christo Emanuel Quint, und die Not vieler anderer kleiner und weniger bekannter Geschöpfe aus seiner reichen und vielartigen Menschenvelt.

Die Not all dieser Menschen ist bei Hauptmann wirksam als bei irgend einem anderen Dichter dargestellt, da kein Dichter vor Hauptmann jemals Menschen mit solcher Unmittelbarkeit dargestellt hat.

Hauptmann stellt nicht nur den Menschen unserer Tage dar: — er stellt ihn auch in seiner ganzen Wesenheit dar. Bei allen dramatischen Dichtern trennt uns eine Welt der Bildung, des Stils, der traditionellen Darstellung menschlicher Empfindungen von den Empfindungen der

Menschen selbst. Nur bei Hauptmann sieht die Menschen da, nackt und bloß, wie sie sind, mit ihrer Sprache, ihrem Blut, ihrem Jucken um den Mund, ihren Kleidern, ihrem Kleiderfutter, ihren Gewohnheiten — kurz ganz, ganz so wie sie sind. Ihr Leben ist da, ihr Atem trifft uns, ihre Träne kommt von daher, wo alle Tränen herkommen, und löst auch uns in ihrem Schmerz auf.

Während sonst die naturalistische Darstellung den Blick auf das Kleine hinzieht, um durch den Effekt einer realistischen Genauigkeit den Schein des ganzen Lebens zu erwecken, ist bei Hauptmann das Kleine und Zufällige des Menschen auch im Drama nur das Kleine und Zufällige, und das Wesentliche ist der Mensch. Nirgends in der Weltliteratur gibt es solche Szenen zwischen Menschen wie bei Hauptmann. Die Wucht, mit der zwei Menschen gegeneinander losgehen, hat nirgends ihresgleichen. Und das ist bei Hauptmann kein zufälliges Treffen, kein Künstlerglück beim Schreiben einer Szene, sondern das kehrt fast in jedem seiner gelungenen Dramen wieder, und in einigen, wie in den „Webern“, in den „Ratten“, ist es riesenhaft. Wie da den Menschen die Seele, die Därme, wie da der Frau John die Gebärmutter aus dem Leibe gerissen wird, mit nichts als einfachen Worten, die nur so unendlich wahr sind, das ist höchste Dichtergenie; das allein würde genügen Hauptmann zu den größten Dramatikern aller Zeiten zu zählen.

Hauptmanns Menschen sind fast nie aus der sogenannten guten Gesellschaft, Gesellschaftsmenschen, in dem bekannten Sinn dieses Wortes, kommen bei Hauptmann nur in ganz kleinen unbedeutenden Episoden vor. Der Begriff des Gesellschaftsmenschen ist bei Hauptmann weiter gefaßt.

# Tages-Neuigkeiten

## Der Streit um Gerhart Hauptmann.

Der Streit um Gerhart Hauptmann, von dem jetzt alle Zeitungen widerhallen und der also verschiedene Varianten des deutschen Volkes lebhaft bewegen muß, hat auch in unserem Blatt sein Echo gefunden. In Albert Ehrenstein, der Sonntag zu Worte kam, und im Genossen Felix Stöhinger, der den Dichter heute zu seinem sechzigsten Geburtstag bei uns und in unserm Namen begrüßt, stehen einander der Zweifler und der Liebende, der Kritiker und der Ergreifene gegenüber. Ehrenstein, einer von den Stürmern der letzten Jahre, sieht mit dem Vorrecht der auf den Kampfplatz vordringenden Jugend nur, was Hauptmann der von Fiebern und irren Schmerzen zerrissenen Gegenwart schuldig blieb, Stöhinger wägt das Geleistete, und weil er es jahrzehntlang wachen und wirken sah, weiß er auch, wie köstlich es ist und wie unergänzbare Schätze es birgt. Das Wort dauert, nicht der Mann, und wo die Persönlichkeit in ihrem individuellen Leben daneben griff, dort läßt die Zeit rascher, als man denkt, ihre Gräber und Blumen wachsen. Aber die, welche nachdrängen und in sich die Kraft fühlen, dem neuen Augenblick und seinen neuen Gestalt zu verleben, wollen von solcher Objektivität, von solchem Allesbegreifen des Geschichtsschreibers nichts wissen. Ihnen brennt die Sehnsucht, dem Tag zu geben, was des Tages ist, verzehrend in den Andern, der Große von gestern dünkt ihnen ein schweres Demütis des Heute. Daß Sophokles neben Shakespeare bestehen kann, geht dem heiligen Egoismus, der Jugend niemals ein, der hat noch immer die Götter der vorigen Generation zu den Göttern geworfen. Und so bitter, das die verdienten Alten antommen mögen — entwicklungsgeschichtlich hat der Lebende recht, immer und unerbittlich recht. Der Fortschritt kennt keine Rückschau, sondern nur den Blick nach vornwärts, kein Beharren, bloß den ewigen Fluß. Gerechten Dank zu sprechen, ist Sache der Geschichte, das Leben schreitet über Verdienst und ehrlich erworbenen Anspruch hinweg stets neuen (und vielleicht gar nicht schöneren) Zielen entgegen. In dieser ewigen Tragödie des Werdens ist der Streit um Gerhart Hauptmann nur Epizode. Bleiben wird die Tendenz, alles Seins, weiter zu wachsen und Blüte zu treiben, nur Epizode. Bleiben wird die Tendenz alles Baum von Gerhart Hauptmanns Schaffen getragen hat, uns und Späteren zur Freude. Je nachdem die Leser Ehrensteins und Stöhingers dem unbedingten Vordrängend oder dem Genuß des reichen Schönen zuneigen, werden sie unwillkürlich für den einen oder den andern Partei ergreifen.

## Deutschgelbe Vorbeeren in Ruffig.

Aus Ruffig wird uns gemeldet: Der deutschgelbe Abgeordnete Lehrer Simon aus Gablonz hatte es sich zur Aufgabe gemacht, die Ruffiger am 13. November zu seiner Partei und deren unerschütterlichen Willen zur Einheitsfront zu belehren. Die Plakate, mit denen zur Versammlung eingeladen wurde, trugen in Anbetracht der Vorkommnisse bei deutschgelben Versammlungen den Vermerk, daß „Gewohnheitsräuber, bezahlte Radfahrer und von anderwärts Zugezogene“ keinen Gebrauch von der Einladung machen sollen. Volksgenossen seien herzlich willkommen. Die Volksgenossen kamen nun auch und zwar in einer Zahl, wie es sich die deutschgelben Einberufer haben nicht träumen lassen. Schon um 7 Uhr war der ganze Saal von unseren und den mit ihnen erschienenen Kommunisten dicht besetzt und dem Häuflein Deutschgelber, die bei ihrem Erscheinen äußerst bestürzte Gesichter machten, blieben nur einige wenige Plätze übrig, auf denen sie sich

niederlassen konnten. Gleich zu Beginn der Versammlung gingen die Gelben nach ihren bewährten Methoden vor und erklärten, daß die Versammlung keine öffentliche sei, sondern eine Vereinsversammlung, als welche sie ihnen auch von der Bezirkshauptmannschaft bewilligt worden sei. Unsere Genossen mit den Kommunisten, die von den 600 Anwesenden mindestens 500 ausmachten, waren natürlich über dieses Vorgehen der Gelben erbittert und verlangten, daß sowohl dem Referenten als auch den Redner der Sozialdemokraten und Kommunisten eine Stunde Redezeit gewährt werde, mit einem viertelstündigen Schlusssatz und zwar so, daß der sozialdemokratische Redner das letzte Schlusswort habe. Herr Simon war über diese „allen Geflogenheiten entgegengekehrte Forderung“ sehr aufgeregt und schloß nach einviertelstündiger Dauer die Versammlung. Da den Leuten aber ihre Blamage zu groß vorgekommen sein mochte und unsere Genossen erklärten, daß sie selbst eine Versammlung abhalten werden, wurde die Vereinbarung getroffen, daß jeder Redner eine Stunde Redezeit habe, daß aber unsere Genossen auf das Schlusswort verzichten, wenn es die Gelben auch tun werden. Um halb 9 Uhr wurde darauf die zweite Versammlung eröffnet. Herr Simon sprach eine Menge Unsinn zusammen und machte unter anderem die Mitteilung, daß er im Gablonzer Gebiet den linken Flügel seiner Partei darstelle. Nachdem er noch einige revolutionäre Phrasen gebrüllt und von der Einheitsfront geredet hatte, kam Genosse Belina zu Wort, der die Praktiken der Gelben einer vernichtenden Kritik unterzog und ausführte, daß die Gelben überall dort, wo unsere Genossen in der Mehrheit seien, die Einheitsbilden spielen, während sie in ihrer Presse unsere Partei fortwährend beschimpfen. Genosse Belina wies dann auf die reaktionäre Arbeit der Gelben in Deutschland hin und zitierte einige Stellen aus dem „Tager Tag“, die den Witten der Hitler-Garben ein Loblied singen. Zum Schlusse forderte Genosse Belina diejenigen Anwesenden, die mit den Gelben keine Einheitsfront bilden wollen, auf, die Hände zu erheben. Ein Wald von Händen erhob sich und zeigte so den Gelben die Meinung der Arbeiterschaft über diese Streikbrecherpartei. Nach dem Genossen Belina sprach der kommunistische Redakteur Wünsch, der sich besonders mit der nationalen Frage befaßte. Hierauf gab der Vorsitzende „der Partei des Wortbruchs“ als letzten Redner Herrn Simon das Schlusswort. Sofort erhob sich bei unseren Genossen Widerspruch und Zwischenrufe, wie „Wortbrecher“, „Knüttelhelden“ erschollen aus den Reihen der Anwesenden. Als Simon weiter sprach, standen alle Anwesenden auf und drängten das Häuflein Gelber zur Saaltüre hinaus. Die Versammlung der Gelben war zu Ende. Zu der letzten Niederlage in Komotau hat sich die neue Niederlage in Ruffig gefügt.

## Die „Schlafkommunisten“.

In der „Roten Fahne“, dem „Zentralorgan der österreichischen Kommunisten“, hat dieser Tage der bekannte Dr. Josef Frey ein Geständnis abgelegt, das die Aufmerksamkeit aller Arbeiter verdient. Man weiß ja, wie das arme Häuflein österreichischer Kommunisten, zur Freude des gesamten Bürgertums, seit Jahr und Tag die österreichische Sozialdemokratie beschimpft und verkleumdet und es ist ja auch bekannt, daß die Kommunisten in Wien — und auch anderwärts — unsere Wiener Genossen auch wegen ihrer Haltung zur Genfer Kontrolle des „Vertrauens“ und deren gewaltigen Ringen gegen die Verflavung des österreichischen Proletariats einen „Scheinkampf“ nennen. Und nun läßt sich Dr. Frey in der „Roten Fahne“ über den „Kampf“ der Kommunisten folgendermaßen vernehmen:

„Zum erstenmal nach dreieinhalb Jahren setzt die Partei (die kommunistische, d. Red.) selbständig zu

einer Aktion ein... Die Partei ging (bisher, d. Red.) in Schlepptau der Sozialdemokratie... und nun hat sie es endlich nach dreieinhalb Jahren wieder wagen können, selbständig in Aktion zu treten. Der Aufruf vom 9. November 1922 ist ein Wendepunkt in der Geschichte der Partei.“

Wie sieht nun dieser „Wendepunkt“ aus? Darüber gibt Dr. Frey großartigen Aufschluß. Die Kommunisten haben drei Versammlungen einberufen — die scheinlämpfenden Sozialdemokraten begnügten sich mit sechshundert Versammlungen — und die größte der kommunistischen Versammlungen wurde für die Arbeiterbezirke Bernals und Dittafing einberufen. In dieser Versammlung „waren“ — sagt Dr. Frey — „nicht einmal einhundert Kommunisten zur Stelle!“... „die Partei ruft zur Aktion, zum erstenmal nach dreieinhalb Jahren hat sie endlich so viel Kraft, um es wagen zu können — und nicht einmal ein Zwanzigstel der Parteimitglieder ist beim ersten Appell zur Stelle...“ Die Parteimitglieder werden mit sich selber streng ins Gericht gehen müssen. Mit Schlafkommunisten — sagt Dr. Frey — ist dem Proletariat nicht geholfen. — Wir sind mit Dr. Frey einer Meinung: mit ihm und seiner Partei kann dem Proletariat wirklich nicht geholfen werden. Es wird über sie zur Tagesordnung übergehen, um sie, die nach einem trefflichen Worte der „Arbeiterzeitung“ nichts anderes sind als das jämmerliche Abfallprodukt des proletarischen Klassenkampfes.

## Der „Sozialismus“ der Deutschgelben.

über den es ja innerhalb der Klassenbewegten Arbeiterschaft keine Meinungsverschiedenheit gibt, ist gestern in einem Leitartikel des „Nordböhmischen Tagblatt“ auch einmal von bürgerlicher Seite eben so scharf wie richtig charakterisiert worden. Der deutschnationale Abg. Dr. Brunar schreibt dort über die Frage der Stellung der Deutschen zum Staate unter anderem: „Die Deutsche Nationalpartei und die Deutsche nationalsozialistische Arbeiterpartei haben ihre grundsätzliche Stellungnahme in dieser Frage vorgenommen und hoffen, daß dadurch die so überaus reinliche Scheidung innerhalb der deutschen nichtsozialistischen Wählerschaft vorbereitet werde.“ Herr Dr. Brunar, den „Kampf“ geführten der Knirsch und Jung, geniert also das „sozialistische“ Anhängsel im Firmenschild der Gelben durchaus nicht, sondern er stellt vielmehr ohne Umschweife fest, daß die Stellungnahme der Kampfgemeinschaft reinliche Scheidung im nichtsozialistischen Lager vorbereiten soll. Den Deutschnationalen, den Vorbeeren der Gelben ist es also durchaus klar, daß diese zum nichtsozialistischen Lager gehören. Wer bleibt demnach übrig, im „Sozialismus“ dieser falsch firmierenden Dokentruizer auch nur ein Fünftel Ernst und Wahrhaftigkeit zu suchen?

## Ein Sozialdemokrat — Präsident von Lettland.

Das Zentraleuropäische Nachrichtenbureau erzählt aus Riga: Die Wahlen für die lettische Gesetzgebende Versammlung sind nicht so ausgefallen, daß eine Parteigruppe die Oberhand gewonnen hätte. Vor einigen Tagen wählte das Parlament, das gemäß der Konstitution den Präsidenten der Republik wählt, zu seinem Präsidenten den linken Sozialdemokraten Wesman. Bei der großen Zahl von Parteien im lettischen Parlament, wo 100 Abgeordneten in 13 Parteien gegliedert sind, entscheidet ein geringes Übergewicht von Stimmen. Das Parlament wählt den Präsidenten der Republik auf drei Jahre mit absoluter Stimmenmehrheit (51 von 100 Stimmen). — Der Kandidat für die Präsidentenwürde muß mindestens 40 Jahre alt sein. Sein Stellvertreter ist der Präsident des Parlamentes. Eine Besonderheit der lettischen Konstitution bildet das Recht des Präsidenten der Republik, das Parlament aufzulösen, doch muß er sogleich nach

der Auflösung seinen Entlassung dem Nationalreferenten bekannt geben. Wenn dieser sich gegen die Auflösung ausspricht, so muß der Präsident der Republik demissionieren und das Parlament wählt einen neuen Präsidenten. Im lettischen Parlament besteht gegenwärtig ein heftiger Kampf wegen der Kandidatur für die Präsidentenwürde des Parlamentes.

## Die Teuerungskrawalle in Köln dauern an.

Blattmeldungen aus Köln zufolge, nahmen Montag die Teuerungskrawalle ihren Fortgang. In Ehrenfeld verletzten die von der Menge angegriffenen (?) Polizeimannschaften mehrere Personen durch Schläge und Säbelhiebe. Der Vorsitzende des kommunistischen Kontrollausschusses wurde von der Besatzungsbehörde verhaftet. — Spätere Wolff-Meldungen belegen: Bei den Unruhen wurden im ganzen 40 Personen festgenommen. Gegen Abend kam es in der inneren Stadt wieder zu Unruhen. In Ehrenfeld, wo die Polizei von der Hieb- und Schußwaffe Gebrauch machen mußte, wurden mehrere Zivilpersonen durch Säbelhiebe und Arm- und Beinverletzungen verletzt. Die Zahl der durch Steinwürfe verletzten Polizeibeamten ist erheblich. Als die ausländischen Arbeiter gestern mittags eine verbotene Versammlung abzuhalten versuchten, kam es zu einem heftigen Zusammenstoß mit der Polizei, wobei ein Demonstrant getötet wurde. Die Polizei beherrscht nach wie vor die Lage.

## Er mordung des Vertreters des russischen Roten Kreuzes in Sofia.

Aus Sofia wird gemeldet: Der Vertreter des russischen Roten Kreuzes in Bulgarien Alger ist menschlingsgemäß worden. Der Mord wird den politischen Gegnern aus dem Lager Wrangels zugeschrieben, und mit dem Tode des Generals Petrovsky in Zusammenhang gebracht. Der General, welcher beschuldigt wurde, das Verbrechen angezettelt und organisiert zu haben, wurde gerade in dem Momente, als er die Grenze zu erreichen plante, um zu entfliehen, getötet.

## Opfer kapitalistischer Profitgier.

Bei den Straßenarbeiten am gelben Berg in Brünn ereignete sich gestern ein schwerer Unglücksfall. Von Baugenossenschaften und privaten Unternehmungen werden auf dem gelben Berg oberhalb der Sommerstraße Neubauten aufgeführt. Gegenwärtig wird in der dort neuangelegten Straße an der Kanalifizierung gearbeitet. In einer Tiefe von fünf Meter und einer Breite von eineinhalb Meter wird gegeneinander gearbeitet, um die Kanalröhren legen zu können. Gestern vormittags gegen elf Uhr ereignete sich in dem Augenblick, als die beiden Arbeitergruppen bei der Durchbrechung des Erdwalles gegeneinanderstießen, ein schweres Unglück. In einer Breite von 17 Meter stürzten die Erdmassen ein und begruben vier bei der Firma Jachinet beschäftigte Arbeiter. Die sofort herbeigekommene Feuerwehr und Rettungsgesellschaft nahm die Ausgrabungsarbeiten sofort in Angriff, drei der verschütteten Arbeiter waren trotz der erlittenen Verletzungen instand, sich von den Erdmassen zu befreien, der vierte, der 33jährige Tagelöhner Karl Branel, konnte nurmehr als Leiche geborgen werden. Die drei Schwerverletzten wurden nach der ersten Hilfeleistung durch die Rettungsgesellschaft in die Landeskrankenanstalt überführt. Der tote Branel war verheiratet und Vater eines Kindes. Sowie bis jetzt durch sofort eingeleitete Untersuchungen festgestellt werden konnte, ist das Unglück, das ein Menschenleben kostete, auf die Außerachtlassung von Vorichtsmaßnahmen zurückzuführen. Der Betrieb wurde sofort eingestellt. Wir behalten uns vor, in diesem Falle, der wieder einmal beweist, wie schädlich das Kapital mit dem Leben der Arbeiter umgeht, noch Stellung zu nehmen.

## Die stenographische Bücherei und Lesehalle des staatlichen Stenographenamtes in Prag 1.

Prag 1, Geistgasse Nr. 7, ist von heute jeden Mittwoch und Samstag von 5-7 Uhr abends zugänglich.

## Die Zunahme der Ehescheidungen.

Nach den Daten des statistischen Amtes gab es in Böhmen im Jahre 1912 472, im Jahre 1919 bereits 2859, im Jahre 1920 3610, im Vorjahre 3446; in Mähren 1912 137, resp. 735, 1005 und 875; in Schlesien bzw. 19, 89, 187, 250 freiwillige Ehescheidungen. Gerichtliche Ehescheidungen gab es in denselben Jahren in Böhmen 151, 208, 304, 732; in Mähren 61, 123, 147, 180; in Schlesien 17, 14, 19 und 16. Gegenüber der Friedenszeit ist die Zahl der Ehescheidungen um das etwa siebenfache gestiegen. Viel mehr ist die Zahl der Trennungen gewachsen: In Böhmen von 28 im Jahre 1912 auf 168 im Jahre 1919, 2284 in 1920, 2411 in 1921; in Mähren in derselben Zeit 23, 320, 820, 1113; in Schlesien 8, 62, 135 und 169, also eine fast sechzigfache Zahl gegenüber der Friedenszeit.

## Nord und Selbstmordversuch in Karlsbad.

Der 22jährige Kaufmann Karl Göll fehrte am Sonntag aus Berlin, wo er sich in der letzten Zeit aufgehalten hatte, nach Karlsbad zurück und wollte seine frühere Kassierin, die 18jährige Amalie Huber, bewegen, zu ihm zurückzukehren. Da sich das Mädchen weigerte, erwartete er sie vor dem Hause „Mühlfeld“ in der Löhlgasse und ging mit ihr in die Wohnung ihrer Eltern, wo er sie durch einen Schlag ins Herz tötete. Als darauf ein Polizist auf den Mörder eindrang, verlor dieser sich selber durch einen Augenschuß schwer. Das schreckliche Drama hat in Karlsbad großes Aufsehen hervorgerufen.

## In den Pranken eines Bären.

Im Schönbrunner Tiergarten in Wien wollte vorgestern der Gärtnergehilfe Erich Lampe einen Bären, ein sonst gutmütiges Tier, füttern. Der Bär stürzte sich auf den Mann, verfeigte ihm mehrere Schläge und umklammerte dann seinen Arm, so daß Lampe in Ohnmacht fiel. Glücklicherweise gelang es einigen Arbeitskollegen, den Gärtnergehilfen aus seiner furchtbaren Lage zu befreien. Der Angefallene hat eine Verletzung des rechten Unterarmes und einige Rippenwunden davongetragen.

## Die schreckliche Passivität dieser ausgemergelten Menschen in eine gewaltige Aktivität verwandelt.

wie diese Weber (am Schicksal des zweiten Aktes) plötzlich zu ihrem Entsetzen in einem Liebes von fremden Munde hören, was und wie sie leiden, wie dieses Gedicht zum Spiegel wird, in dem die Verhungerten sich selbst sehen, vor ihrem eigenen Leide, vor dem Elend ihres eigenen, ausgemergelten Körpers zurückzusehen und immer wieder das Lied hören wollen, um sich zu vergegenwärtigen, was darin über ihre Not gesagt ist, bis zu jenem schrecklichen Augenblick, da der alte Baumert aufsteht, Haut und Knochen ausstreift und jene wenigen Sätze spricht, die man nie liest, ann, ohne daß es einem wie ein Schauer den ganzen Körper überläuft. Ja, Gerhart Hauptmann, wenn du nichts geschrieben hättest als den zweiten Akt der Weber, dann müßte dein Bild für alle Zeit im Herzen des Proletariats bewahrt bleiben neben Marx und allen jenen, die mit ihrem eigenen Blute unserer Glauben besiegelt haben.

In den „Webern“ läßt Hauptmann die Arbeiter siegen. Sie verjagen eine Abteilung Soldaten, die den Unternehmer zur Hilfe kommt. In der Geschichte endigten bekanntlich alle diese Verweissungstragödien der Weber, Maschinenführer, Spinner, Seidenarbeiter mit unvermeidlichen Niederlagen. Hauptmann, der dies natürlich weiß, läßt seine Weber auch nur symbolisch siegen. Der einzige, der eine Kugel trifft, ist der alte Hise, der am Weibstuhle ausharrt und die Kapitalisten der Vergeltung des Henseits überläßt, bis ihm eine verirrte Kugel eine Antwort im revolutionären Sinn des Stückes gibt, — mitten in die Stirn.

Tragisch und furchtbar endigt dagegen die Bauernrevolution. Nicht die Niederlage der Bauern, nicht der Selbstmord des herrlichen Florian ist das Tragische. Sondern die Ursache der Niederlage der Revolution.

Wie ein Seher hat Hauptmann die Nieder-

lage deutscher Revolutionen dargestellt. Was in diesem Werk gesprochen und getan wird ist deutsche Revolution, deutsche Ohnmacht, deutscher Haber, deutsche Mißgunst, dreimal bejammernswertes deutsches Elend. „Der deutschen Zwietschacht mit der ins Herz“ wirft Geper einen Speer ins Schwarze. Aber getötet ist sie nicht. Was bleibt nach kurzer Zeit von der herrlichen Bewegung übrig: „Die edelste Sache, die heiligste Sache — in euren Händen ist sie gewest wie ein Kleinod im Saustall.“ „Wo ist jetzt das Evangelium geblieben? Ist keiner unter euch, der es nit hat im Herzen verflucht und verraten.“

Hauptmann ist wie selten ein deutscher Dichter, ein Volksdichter, aber er unterscheidet sich von den populären großen Dichtern anderer Völker dadurch, daß er nicht zugleich ein Volksführer ist. Hauptmann ist nur groß, wenn er Menschen reden und miteinander kämpfen läßt. Weder politisch noch geistig ist er ein Führer der Nation. Im Kriege war er nicht seiner großen Mission entsprechend ein Retter des Volkes, ein Vorkämpfer seiner Befreiung, und nach dem Kriege ließ er sich leider oft genug für eine Politiker, zum Teil auch ungeschicklicher Proteste ans Ausland einfangen. Das mindert natürlich nicht im geringsten seine Leistung als Dichter, aber es bleibt doch bedauerlich, daß ein so liebens- und verehrungswürdiger Mann nicht die Lücke ausfüllt, die wir gerade heute in Deutschland schmerzlich fühlen.

Ednes, Jartes, Grohss, für alle Zeit Erschütterndes hat uns Hauptmann geschaffen. Sein Werk beginnt ein Besitz des Volkes zu sein, und die Stärke des Werkes bürgt dafür, daß Volk und Dichtung noch mehr verschmelzen werden als bisher. Dafür wollen wir heute Hauptmann danken. Der Dichter des leidenden, notvollen Menschen wird heute sechzig Jahre alt. Alle, die Leid und Not der Kreatur am eigenen Leibe spüren, Gerhart Hauptmann — sie grüßen dich!

# Weg mit der Kohlenabgabe!

### Deutscher sozialdemokratischer Antrag im Abgeordnetenhaus.

Die Abg. Genossen Bohl, Schäfer und Land haben gestern im Abgeordnetenhaus einen Antrag eingebracht, der die Aufhebung der Kohlenabgabe fordert. In der Begründung des Antrages wird u. a. gesagt:

Obwohl das ganze Kohlenwirtschaftsgebiet abänderungsbedürftig geworden ist, beschränken sich die Antragsteller im vorliegenden Initiativantrage darauf, die gesetzlich festgesetzte Kohlenabgabe aufzuheben. Die mit 30 Prozent festgesetzte Kohlenabgabe von den amtlich festgesetzten Verkaufspreisen kann schon seit mehr als einem Jahre nicht in der vollen Höhe eingehoben werden, da sonst mehr als die Hälfte der Kohlengruben zum Stillstand gekommen wäre. Die Herabsetzung der Kohlensteuer geschah auf völlig ungesetzliche Art, indem der amtlich festgesetzte Kohlenpreis in einen steuerfreien sozialen Zuschlag und in einen abgabepflichtigen Grundpreis geteilt wurde.

Die mit dem Erlasse vom 11. November neu festgesetzte Kohlenabgabe bedeutet in manchen Revieren eine Erhöhung gegenüber dem gegenwärtigen Zustande. Diese Herabsetzungen der Kohlenabgabe bei Umgehung des Gesetzes beweisen am besten die Notwendigkeit einer gesetzlichen Neuregelung der Bestimmungen über die Kohlenabgabe, der die Regierung trotz ihrer wiederholt öffentlich abgegebenen Versprechen beharrlich ausweicht. Zur Widerung und Behebung der allgemeinen Wirtschaftskrise im gesamten Volkswirtschaftlichen Interesse des Staates ist es gelegen, daß die Kohlenabgabe gänzlich aufgehoben wird. Der präliminierte Vertrag im Budget 1923 von 1.050 Millionen Kronen wird ohnedies nicht erreicht. Fast ein Drittel dieses Betrages zahlt der Staat in seiner Eigenschaft als Kohlenverbraucher sich selbst, so daß die Annahme unseres Antrages einen Ausfall der projektierten Staatseinnahmen von höchstens 700 Millionen Kronen bedeutet.

Am Kohlenbergbau wurden in der letzten Zeit die Löhne der Bergarbeiter im allgemeinen um nahezu 30 Prozent herabgesetzt. Die nunmehr vorgenommenen Kohlenpreiserhöhungen sind lächerlich gering, so daß eine Belebung der ganz darniederliegenden Industrie durch diese Preiserhöhungen gar nicht denkbar ist. Die Kohlenabgabe wirkt aber noch verheerender auf den Kohlenexport. Das festgesetzte Festhalten an der Einhebung der Kohlenabgabe bewirkt, daß einestells immer mehr Kohlengruben eingeschränkt arbeiten müssen oder völlig zum Erliegen kommen und daß der übrige Kohlenverbrauch der Industrie nicht zur Befriedigung gelangen kann. Er sei endlich darauf verwiesen, daß außer der Tschechoslowakischen Republik und Deutschland kein Staat irgendwelche besondere Abgaben auf Kohle einhebt.

## Telegramme.

### Die Demission der Regierung Wirth.

Berlin, 14. November. Die sozialdemokratische Fraktion des Reichstages hat um 9 Uhr abends mit großer Mehrheit beschlossen, eine Erweiterung der Regierung durch Hinzuziehung der deutschen Volkspartei abzulehnen. Damit ist der Gedanke der großen Koalition gescheitert.

Berlin, 14. November. Während die heutigen Verhandlungen im Plenum des Reichstages nur mäßiges Interesse zu erwecken vermochten, waren die Verhandlungen über die Umbildung der Regierung umso lebhafter und wechselvoll. Schon am Vormittag war der Reichskanzler beim Reichspräsidenten. Später erschienen die Sozialdemokraten Hermann Müller, Hilferding und Breitscheid und den ganzen Tag über

folgten nun Verhandlungen zwischen der Regierung, der Arbeitsgemeinschaft der Mitte und den Sozialdemokraten und am Abend eine Aussprache zwischen der deutschen Volkspartei und der Sozialdemokratie in Anwesenheit des Reichskanzlers. Der Reichskanzler forderte Klipp und Klar eine Entscheidung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, ob sie bereit sei, mit der deutschen Volkspartei in einer Koalition zusammen zu arbeiten. Nachdem die Reichstagsfraktion um 7 Uhr abends geschlossen worden war, trat die sozialdemokratische Fraktion zusammen, um die vom Reichskanzler geforderte Entscheidung zu fällen.

### Der griechische Homberg-Prozess.

Athen, 13. November. (Tsch. P.) Im Sitzungssaal der Kammer begann heute vormittags vor dem außerordentlichen Kriegesgerichte der Hochverratsprozess gegen die für die nationale Katastrophe verantwortlichen Minister und Generale. Der Verteidiger erhob Einspruch wegen Nichtzuständigkeit und bestritt die Geschäftsmäßigkeit der Zusammenfassung des Gerichtshofes. Die Kommissare des Revolutionsausschusses machten demgegenüber die Geschäftsmäßigkeit des Revolutionsrechtes geltend, das keine Kraft aus dem nationalen Bewußtsein schöpft. Gumaris erging sich darauf in einer längeren Darlegung über den nationalen Willen.

### Der neue Finanzminister Oesterreichs.

Wien, 14. November. In der heute abgehaltenen Sitzung des Hauptausschusses stellte Bundeskanzler Seipel den Antrag, die Wahl des Bundesrates Dr. Kienböck zum Finanzminister an Stelle des demissionierten Finanzministers Seagr in der heutigen Sitzung des Nationalrates vorzunehmen zu lassen. Dieser Antrag wurde mit Stimmenmehrheit angenommen.

## Gerichtssaal.

### Der schöne Milan.

Die Geschichte eines „tätigen“ Fabrikanten, die im Gerichtssaal ihr Ende fand.

Das Vorspiel: In Baradzin, dem schönen kroatischen Städtchen an der Draa, erblickte im Jahre 1891 Milan Korniger das Licht der Welt. Aus dem hübschen Jungen, aus den die Eltern die größten Hoffnungen setzten, wurde ein hübscher Jüngling, ein flotter Student und schließlich — cum laude — ein Doktor. Milan litt es aber, als er einmal Doktor geworden war, nicht mehr zu Hause; er fuhr in die Welt hinaus, um sein Glück zu versuchen. So landete er in Prag, wo er bis zum 7. Juli d. J. in den Weinbergen eine Wohnung innehatte. Im Juli wurde ihm nämlich eine Wohnung in dem grauen Gebäude am Mlýnský zugewiesen. Doch davon später.

Der erbaulichen Geschichte erster Teil: Dr. Milan Korniger war voll von Plänen, als er sich in Prag niedergelassen hatte. Sein heißer Wunsch war, Fabrikant zu werden. Er verstand ja so Verschiedenes und beschloß sich auf — Kosmetik zu werfen. (So lautet ja das schöne Wort in der Unternehmer- und Schiebergrammatik.) Also Milan wurde Gründer, Besitzer und Hauptleiter der „Draa“-Werke Prag-Liebes, die er später „Milena“-Werke nannte. Werke waren es nun eigentlich keine, aber es war immerhin eine Fabrik mit viel Personal, die Korniger sein eigen nannte. Korniger war dazu noch ein guter Geschäftsmann; er verstand es vorzüglich, seine Angestellten für die Fabrik zu interessieren, indem er von ihnen Kauttionen als eine Art von Geschäftsanteilen verlangte. Die Lagerausseher Germa und Jordan gaben ihm jeder 5000 K., Georgio Píslid eine Sparbank mit 5000 K. und Marlowicz ebenfalls 5000 K. Weiter verschaffte er sich Anleihen: Josef Perouch borgte 10.000, Benzel Dulles 2000 und der Oberkellner in der „Zentral“-Hotel-Bar 3000 Kronen. Geld war also

genug vorhanden. Das Unternehmen konnte aufblühen.

Der zweite Teil der Geschichte spielt sich vornehmlich in Park, Restaurants und im Vergnügungspark „Eden“ ab. Milan war dort überall bald als der „schöne Milan“ bekannt. Die Zigeunergeigen jubelten noch einmal so feurig, wenn der schöne Milan in die Bar kam, die Mädchen lächelten dann mir ihm zu, denn er war der Herr. Und wenn das graue Licht des Morgens durch die verhängten Fenster sich stahl, da trank Milan noch rasch einen Schnaps, ließ das Auto vorfahren und sauste heim, um sich auszurufen von „schwerer“ Arbeit.

Das Nachspiel: Mit der Fabrik wollte es jedoch nicht vorwärts gehen. Die Gläubiger wurden ungeduldig, Korniger konnte sie auf die Dauer nicht mehr versüssen und so stand der schöne Milan eines Tages vor dem Erkenntnis, daß es so nicht mehr weitergehe. Bevor er jedoch sich darüber schlüssig werden konnte, wie es nun eigentlich weitergehen sollte, traten bereits zwei Geheimpolitisten ins Zimmer und verhafteten den Kautionsen. — Gestern hatte sich Dr. Milan Korniger, genannt der „schöne Milan“, vor dem Richter wegen Vermögensdelicten zu verantworten, die er dadurch begangen hat, daß er von verschiedenen Leuten Geldbeträge als Kautionen sich auszuliehen ließ, ohne an die Rückzahlung zu denken. Gleichzeitig hatte er sich wegen Verleitung zu falscher Zeugenaussage zu verantworten, die er dadurch beging, daß er die Therese Meindl vor einem Diebstahlprozesse dazu bewog, in gutem Sinne für ihn auszusagen. Die Meindl wurde bereits wegen falscher Zeugenaussage verurteilt. Korniger erklärte vor dem Richter, daß er niemals die Absicht gehabt habe, die Leute um ihr Geld zu betrügen. Er wollte allen das Geld zurückgeben, doch hätte niemand mit ihm Geduld gehabt, während er das ganze Geld in Rohmaterialien anlegen mußte. Doch alle Ausflüchte halfen ihm nichts. Nach durchgeführtem Beweisverfahren wurde er zu zehn Monaten Kerker verurteilt. Die Geschichte des schönen Milan hat ihr unheilvolles Ende gefunden.

## Kleine Chronik.

### Tausend Tote in Chile.

Santiago (Chile), 14. November. (Havas.) Den letzten Nachrichten zufolge übersteigt die Zahl der Toten in Coquimbo und Atacama 1000 Personen. In der Ortschaft Vallecay wurden 800 Leichen angetroffen. Man nimmt an, daß unter den Trümmern noch eine Anzahl von Opfern begraben liegen.

## Volkswirtschaft und Sozialpolitik.

### Die Lage im Braunkohlenrevier.

Freitag neue Verhandlungen. Die Forderungen der Arbeiter.

Teplitz, 14. November. (Eigenbericht.) Die Lage im Braunkohlenrevier ist folgende: Die am 11. November in Brüx zwischen den Vertretern der koalisierten Bergarbeiterverbände und den Bergwerksbesitzern geführten Verhandlungen zeigten beinahe das Ergebnis, daß die Unternehmer den Bergarbeitern in formaler Beziehung entgegenkamen, aber in materieller Hinsicht alle Forderungen der Arbeiter ablehnten und erklärten, daß nach ihrer Ansicht der durch die Abstimmung mit 81 Prozent abgelehnte und am 26. Oktober vereinbarte Vertrag das Kerkerste behalte, was sie gewähren könnten. Von dem Ergebnis der Verhandlungen wurde das Ministerium für soziale Fürsorge verständigt. Nun hat das Ministerium selbst die Initiative ergriffen und für Freitag den 17. November neue Verhandlungen nach Brüx einberufen. Da die durch die Betriebsrätekonferenz festgesetzte Frist für neue Verhandlungen am Samstag abläuft, so bedeutet das Eingreifen des Ministeriums ein Nachgeben gegenüber der Forderung

der Arbeiterschaft bloß um einen Tag. Sollten daher die Verhandlungen am Freitag kein Ergebnis zeitigen, so ist die am Samstag stattfindende Betriebsräteobmannerversammlung ermächtigt, den allgemeinen Ausstand im ganzen Reviere zu verkünden.

Die koalisierten Bergarbeiterverbände des Braunkohlenrevieres verlangen die Regelung:

- 1) der Häusersöhne, und zwar soll der Durchschnittsverdienst der Häuer, Häuer-Zimmerer usw. mindestens 45 Kronen per Schicht betragen. Bei Affordlöhnen verlangen die Bergarbeiter eine Erhöhung von 5, 10 und 15 Prozent bei einem Alter von bis 60, 61 bis 70 und über 70 Jahren, so daß die Affordlöhne per Schicht betragen sollen 45, 47.50, 49.50 und 54 Kronen;
- 2) der Regellöhne. Bei den Regellöhnen verlangen sie eine Erhöhung um eine Krone bei einem Alter über 20 Jahren, um zwei Kronen bei einem Alter über 25 Jahren;

ferner haben die Bergarbeiter des Braunkohlenrevieres beschlossen:

- a) daß die Bergkommission der Braunkohlenbergarbeiter für die Reviere Komotau, Brüx und Teplitz dieser Vereinbarung beitrete und sie mitunterfertigt;
- b) daß der abgeschlossene Vertrag bis zum 31. Dezember 1922 in Wirksamkeit bleibe;
- c) daß die Kündigungsfrist von 14 Tagen auf vier Wochen ausgedehnt werde.

Italienisch-französischer Handelsvertrag. Der neue italienisch-französische Handelsvertrag ist für ein Jahr abgeschlossen und kann stillschweigend verlängert werden. Nach den Absichten der beiden Regierungen bildet dieser Vertrag das notwendige Mittel für einen zünftigen Vertrag von längerer Dauer, welcher, sobald es die wirtschaftlichen Verhältnisse gestatten werden, abgeschlossen werden wird. Der Vertrag stellt eine Überprüfung des Vertrages vom Jahre 1898 dar und hat Konzessionen Italiens zugunsten Frankreichs zahlreiche erhebliche Herabsetzungen des Zolltarifes für nahezu alle französische Industrieerzeugnisse und seitens Frankreichs zugunsten Italiens die Bewilligung der niedrigen Tarife zur Folge. Die Regierungen beabsichtigen die Zeit der Geltung des gegenwärtigen Vertrages zur Überprüfung aller übrigen Fragen zu benutzen, von deren Lösung die engere Zusammenarbeit auf wirtschaftlichem und politischem Gebiete abhängt.

Ein neues einheitliches Wassergesetz für die Tschechoslowakische Republik. Amlich wird gemeldet: In einer am 21. Mai 1921 vom Senate der Nationalversammlung der Tschechoslowakischen Republik angenommenen Resolution wurde die Regierung aufgefordert, eine Vorlage eines einheitlichen Wassergesetzes für das Gesamtgebiet der Republik einzubringen. Auf Grund dieser Resolution hat das Landwirtschaftsministerium als oberste Behörde in allen wasserrechtlichen Angelegenheiten die vorbereitenden Schritte für eine neue einheitliche Regelung der Wasserrechtsverhältnisse in der Republik eingeleitet und ersucht sämtliche interessierten Kreise, ihm ihre Erfahrungen, Vorschläge und Bemerkungen, welche zur Lösung der erwähnten Fragen im modernen Geiste beitragen würden, spätestens bis Ende Mai 1922 bekanntzugeben, damit auf dieselben bei der Ausarbeitung des Entwurfes eines einheitlichen Wassergesetzes Bedacht genommen werden könnte.

Nachrichtigung. In den Erläuterungen zu der Verordnung über die Kündigungsfrist bei Kollektiventlassungen von Dr. Franz Ehemann in unserer Zeitschrift eingehend. Der Tag soll richtig heißen: Kollektivverträge können für die Arbeitnehmer günstigere Bedingungen festsetzen, dürfen aber nicht bis auf fünf Personen herabgehen, weil sie sonst nicht von der Verordnung geschützt sind, welche Entlassungen bis zu fünf Personen ausdrücklich nicht als Kollektiventlassungen erklärt (§ 2 a. E.).

Copyright 1922 by Der Malik-Verlag, Berlin-Gesell.

## Man nennt mich Zimmermann.

Roman von Upton Sinclair. (15)

Autor. Uebersetzung von Hermynia zur Mühlen.

Und hier war Frau Parmelee Stebbins, die nie im Leben etwas Nützliches getan hatte — will man nicht die Waage eines reichen Gatten als etwas Nützliches ansehen — und an Frau Stebbins war alles in Ordnung, und Mutter wußte auch dies, die andere Frau verursachte ihr einen panischen Schrecken, sie zitterte in jedem Nerv. Und auch der alte T. S., der, wäre er allein gewesen, gefogt hätte, Frau Stebbins möge zum Teufel gehen, begann zu zittern und sein Essen hinabzuwürgen, weil er verheiratet war und diese zitternde Frau liebte.

Frau Stebbins gehörte zu jenen Amerikanerinnen, die der Ehe und der Mutterschaft nicht gestatten, ihre vulgären körperlichen Spuren an ihr zu hinterlassen. Ihr blaßblaues Kleid hatte ebenjogut für ihre Töchter gepaßt, die kalten blauen Augen blickten aus einem runzellosen Gesicht, verrietten eine Seele, die keine Sorgen kannte. Sie begonnerte Kunst und Intellekt, doch vergaß sie niemals ihre Hauptpflicht: das Prestige des Familiennamens zu heben. Wurde sie mit einer Filmschauspielerin bekannt gemacht, so war sie äußerst liebenswürdig, aber sie vergaß seinen Augenblick, den Unterschied zwischen einer Schauspielerin und einer Dame zu betonen. Verstehe sie einen Mann kennen, der keine Hofen, sondern ein wallendes Gewand trug, so nahm sie dies als etwas Selbstverständliches hin, bezeugte keinerlei vulgäre Reugierde.

Nun trat auch Bertie an unseren Tisch, ein eben erwachsener Burche, noch mit dem unreinen Teint der Flegeljahre, stets an die Kleidung denkend, mit der er sich solche Mühe gegeben hatte. Berties Schwester blieb sitzen, denn sie wollte sich nicht durch die Exzentriktät ihrer Mutter kompromittieren lassen; Bertie jedoch hatte anscheinend einen Grund für sein Kommen, und nachdem ich ihn vorgeschickt hatte, erfaunte ich diesen Grund: Mary Magna. Bertie sah sich bereits als eine Art Prinz in der Skizzenwelt. Seine gesellschaftliche Stellung würde ihm den Erfolg leicht machen, er war gleichsam wie ein Weihnachtsbaum, an dem glitzernde Geschenke hängen.

Ich stand in der Nähe der beiden, erlauschte den Anfang ihres Gesprächs.

„Oh, Fräulein Magna, ich freue mich sehr, Sie kennenzulernen. Was von Fräulein Dulles soviel über Sie gehört.“

„Fräulein Dulles?“

„Ja, Dorothy Dulles.“

„Es tut mir leid, aber ich habe nie von ihr gehört.“

„Wie? Dorothy Dulles, die Kinoshauspielerin?“

„Nein, ich kann mich nicht an sie erinnern.“

„Aber . . . sie ist doch ein Stern?“

„Wissen Sie, Herr Stebbins, es gibt so viele Sterne am Himmel, und nicht alle sind mit freiem Auge sichtbar.“

Ich wandte mich an Berties Mama. Sie hatte inzwischen entdeckt, daß Zimmermann aus der Nähe noch wundervoller ausfäße; er war nicht bloß eine Bühnengestalt, sondern eine wirkungsvolle erste Persönlichkeit, jemand, der die Damen der „höheren Kunstclubs“ bei ihrem monatlichen Lunch entzünden und berart das

Prestige seiner Entdeckerin heben würde. Deshalb lud sie nun die ganze Gesellschaft in ihre Loge ins Theater ein, und T. S. erklärte, sie könnten nicht kommen, müßten zusehen, wie die französischen Revolutionsaufnahmen gemacht würden; er habe für den Nob fünftausend Leute gebungen. Ich bemerkte grinsend, daß Frau Stebbins gegenüber die Annoncenzahl erhöht wurde.

Schließlich veranlaß die große Dame, das Theater aufzugeben und mit uns die Aufnahmen anzusehen. T. S. war mit dem Diner noch nicht fertig, doch sagte er, dies tue nichts, er wolle Frau Stebbins nicht warten lassen. Er winkte den „seiner“ heran, schrieb seinen Namen auf einen Scheck und gab fünf Dollars Trinkgeld. Frau Stebbins sammelte ihre Familie, glitt der Tür zu, und wir folgten ihr.

Ich erwartete vor der Tür abermals die Streiter zu erblicken, doch war es eine große Gesellschaft worden, man sah bloß noch Polizisten und Chauffeure. Ich wußte, dies deute auf ein brutales Vorgehen der Behörden, doch sagte ich nichts, hoffte, Zimmermann werde nicht daran denken. Das Automobil der Stebbins fuhr vor, und nun erkannte ich, wie es kam, daß die Frau des Straßenbahnmagnaten in der Gesellschaft eine führende Rolle spielte. „Willst du, kommen Sie und Herr Zimmermann in mein Automobil, ich möchte mit Ihnen etwas besprechen.“ Es war ganz einfach, wie ihr seht; sie wollte etwas, verlangte es.

Ich nahm Zimmermann beim Arm und schob ihn in das Automobil. Bertie lenkte, der Chauffeur saß neben ihm. „Wir werden Sie schlagen!“ rief Bertie mit unbefleglicher Frechheit und winkte dem Filmschauspieler zu, da sich der Wagen in Bewegung setzte.

19.  
Zufällig ging unsere Fahrt anfangs langsam von statten. Als wir um die Ecke auf den Broadway einbogen, kamen wir in das Gedränge der Theaterbesucher, und vor dem „Empire Variete“ mußten wir halt machen. Wenn ihr den Broadway irgendwieder größeren amerikanischen Stadt kennt, so könnt ihr euch das Bild vorstellen: die grellleuchtenden elektrischen Annoncen, die Bilder der Schauspieler, die Leute, die darauf warten, an die Kasse zu gelangen, die Menge auf den Trottoirs. Heute war noch etwas anderes zu sehen: eine Bande von „Hurrajugends“ mit gelben und roten Fahnen, Kampfflust in den Augen. Da wir stehen blieben, gab ihr Führer ein Zeichen und aus hundert Reihen brach das Lied:

„Ricky zum, rickoty zum.  
Ricky, rickoty, rickoty zum!  
Wallyball! Billybazall!  
Wir sind die Jungs für einen Krawall —  
Western City!“

Es klang ohrenbetäubend nahe, um so mehr, als auch Bertie eingestimmt hatte.

„Hallo,“ sagte ich, „wir scheinen gesiegt zu haben.“

„Freilich.“ Bertie darft fast vor Selbstbewußtsein.

„In was für einem Spiel?“ fragte Zimmermann.

„Football,“ entgegnete ich. „Die Western-City-Mannschaft spielte gegen die Union Tech.“ Die Fahnen wehten, das Gebrüll wurde immer lauter. Hurra, hurra für Jerry Wilson, Hurra, hurra, Garrison! Western City! Western City! Western City! Western City!

(Fortsetzung folgt.)

Verkehr.

Die tschechische Krone notiert in:

Table with exchange rates for Berlin, Wien, Prag, etc.

Prager Kurie.

Table with gold and silver prices for various currencies.

Züricher Schlusskurie.

Table with exchange rates for Zurich and other locations.

Genossenschaftsbewegung.

zwanzig Jahre Konsumverein in Trautmanau. Am 12. November hielt der Konsum- und Sparverein 'Vorwärts' seine zwanzigste Generalversammlung ab.

Auffiger Konsumverein. Die Generalversammlung des Konsumvereines 'Vorwärts' fand am Sonntag, den 5. November 1922, in der Pölkauer Volkshalle unter dem Vorsitz des Obmannes Genossenschaftlers Rotsch statt.

Arbeiterkonsumverein Bodenbach. Aus dem uns zugeworbenen Bericht unseres Bodenbacher Konsumvereines, der seinen 28. Geschäftsjahr vollendet hat, heben wir hervor, daß in diesem Jahre der Umsatz etwa 18 Millionen betrug.

Kunst und Wissen.

Der alternde Sombart.

Selten ist man von einem wissenschaftlichen Vortrag in Prag so enttäuscht worden, wie von den Darlegungen, die Werner Sombart in der Urania vorgetragen hat.

Wann als zwei sich ausschließende Gegenfächer erklärt! Wie sehr muß der Soziologe Sombart durch eine politisch-reaktionäre Brille sehen, wenn er die gewaltige Kulturbedeutung des proletarischen Emanzipationskampfes ganz vergessen hat.

Ziehree gestorben. Gestern starb in Wien im 80. Lebensjahr der ehemalige Hofkapellmeister und Komponist Karl Michael Ziehree.

Neues Theater. Heute, den 15.: 'Liebe geht um'; Donnerstag, den 16.: Gerhart Hauptmanns 'M...

OSRAM LAMPEN advertisement featuring images of light bulbs and the slogan 'kauft und braucht die ganze Welt'.

Amerikanische Dauerbrand-Oefen advertisement with an image of a stove and text 'Mehr Wärme bei Heizmaterialersparnis!'.

Druck- und Verlagsanstalt Gesellschaft m. b. H. Teplitz-Schönau, Tischlergasse 6, 1002.

Goel Kramer; Freitag, den 17.: 'Der Barbier von Bagdad'; Samstag, den 18.: nachm. 'Die Jungfrau von Orleans', abends 'Lohengrin'; Sonntag, den 19.: nachmittags 'Hoffmanns Erzählungen', abends 'Holländerischen'.

Bereinsnachrichten. Freie Vereinigung sozialistischer Akademiker. Morgen, Donnerstag, erster Seminarabend. Thema: 'Der 18. Brumaire des Louis Bonaparte.' Karolnum, II., 8 Uhr. Interessenten willkommen. 1194

Turnen und Sport.

An alle Arbeiter-Turn- und Sportvereine im V. Kreis. Sonntag, den 26. November 1922 findet in Weiskirchen in der 'Morgenjonne' der Kreisverbandstag statt.

Das Wintersportprogramm auf dem Semmering. Dezember: 24.: Eröffnungsbobrennen um den Ehrenpreis der Hotelvereinigung des Semmerings.

Kommerzialrates Artur Roth. - 10. Straßen-Bobrennen. - 14. Bobrennen um zwei Ehrenpreise des Herrn Emil Tischer. - 17. Straßen-Bobrennen um den Ehrenpreis des Südbahnhofs.

Rapid in München und Nürnberg. Der Sp. C. Rapid-Wien wird zu Weihnachten eine kurze Gastspielreise nach Süddeutschland unternehmen.

Leichtathletik. Der Dauermarsch Klub Wien, den das Mitglied des Sp. C. Wien-West, Theiner, anlässlich der Pfingstfeier des Sportplatzes Red Star-Wien-West absolvierte, führte über die circa 500 Kilometer lange Strecke Asch-Eger-Mies-Bilsen-Budweis-Gründ-Tulln-Wien.

Mitteilungen aus dem Publikum. Das Beste für Ihre Augen liefert Optiker Deutsch, Prag, Graben 25, Kl. Bazar.

Palma-Preiswettbewerb. Mehr als 40.000 Einwendungen sind für das von der Palma-Kautschuk-Ges. m. b. S. veranstaltete Preiswettbewerb eingelaufen.

Large advertisement for Vitello Delikatess-Margarine featuring a house illustration and the slogan 'Überall hört man sagen, daß der feinsten Teebuffer nur VITELLO Delikatess-Margarine gleich.'.

BANK FÜR BRAUINDUSTRIE, PRAG II., Havlíčkovo 25. Bráun, Schüttenhofen, Tyrnau (Slowakei). Offizielle Bankgründung der Brauindustrie-Organisationen des tschechoslowakischen Staates.